

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsinhaber ist in allen Staaten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Verlagspreis: 100 Jahre monatlich 2,50 Reichsmark, sonst 2,00 Reichsmark (ohne Aufstellungsgeld); Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-4 / Reichsstraße 100 / Redaktion: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18601
Erscheinenszeiten: Montage von 16 bis 18 Uhr allgemeine Geschäftsstunden; Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebe und arbeiterrechtliche Fragen; Freitag von 17 bis 18 Uhr für allgemeine Geschäftsstunden
Anzeigenpreis: Die erstmalig gestellte Non-artistische oder deren Raum 0,55 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Restameile anschließend an den dreifünfteligen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-4, Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Freitag den 6. Dezember 1929 Nummer 283

Ausnahmezustand im Reichstag

Schwere Verhängung der Geschäftsordnung / Liebe fordert Ausschluß auf 4-6 Monate / Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront auch in Dresden / SPD-Vorsteher Böhlisch läßt den kommunistischen Stadtoberordneten Werner mit Polizei entfernen
Geschlossener Block gegen Kommunisten

Sozialdemokraten als Hausknechte des Bürgeriums!

Berlin, den 6. Dezember.

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages forderte am Donnerstag der Sozialdemokrat Löbe die Umstellung der Geschäftsordnung und sofortige Beratung der Geschäftsordnung der Geschäftsordnung gegen die Kommunisten. Unsere Genossen Bied und Stoeker wandten sich aufs schärfste dagegen. Die Tatsache aber, daß alle bürgerlichen Parteien dem Vorschlag Löbes zustimmten, zeigte, daß es sich um ein abgekartetes Spiel handelte.

Darauf wurden in nur zwölfstündiger Sitzung ungenügende Verhängungen der Geschäftsordnung beschlossen, die sich immer öfters als einer der gefährlichsten Sozialfaschisten entpuppt, fordert die Annahme folgender Geschäftsordnungsänderungen:

Der Reichstag solle beschließen, die §§ 90, 91 und 92 der Geschäftsordnung erhalten folgende Fassung:

§ 90 (Wortentscheidung)

„In einem Redner dreimal in derselben Rede zur Sache oder zur Debatte zu reden und beim zweifachen auf die Folgen eines bestimmten Vorgehens hinzuweisen, so kann ihm der Präsident das Wort entziehen oder die im § 91 angeordneten Maßnahmen über ihn verhängen.“

§ 91 (Ausschluß von Abgeordneten)

„Wenn ein Mitglied die Verletzung der Ordnung durch die Präsidenten bis zu dreimaligen Sitzungsstagen von der Teilnahme an den Verhandlungen ausschließen will, so ist die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben, und das Mitglied nicht bis zur Wiederrückkehr zum Ausschluß von weiteren dreimaligen Sitzungsstagen zu verlassen.“

Das Mitglied hat den Sitzungslokal sofort zu verlassen. Ist es das trotz der Aufforderung des Präsidenten nicht, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben, und das Mitglied nicht bis zur Wiederrückkehr zum Ausschluß von weiteren dreimaligen Sitzungsstagen zu verlassen.“

Der Präsident hat die Folgen der Wiedereröffnung der Sitzung oder der Wiederrückkehr zu entscheiden.“

Das Mitglied darf während der Dauer der Ausschließung auch an den Verhandlungen nicht teilnehmen.“

§ 92 (Herabsetzung eines Reichsministers)

„Jedes Reichstagsmitglied kann die Herabsetzung eines Reichsministers beantragen. Der Antrag bedarf der Unterstützung von dreimalig anwesenden Mitgliedern.“

Während bisher zunächst nur ein Ausschluß für einen Tag, dann auf 3 Tage und im Extremfall auf 20 Tage erfolgen konnte, fordert hier Löbe die Möglichkeit des sofortigen Ausschlusses auf 30 Tage und dann sogar auf 60 Sitzungstage, dazu die Entziehung der Eisenbahnfahrkarte und der Diäten. Mit dem Ausschluß von 60 Sitzungstagen will Löbe die Abgeordneten auf 4 bis 6 Monate fernschließen, da 60 Sitzungstage den Ausschluß auf 4 Monate bedeuten, aber auch ein Ausschluß auf 8 bis 7 Monate sein kann, da während des Sommers der Reichstag oft monatelang nicht tagt. Das bedeutet, daß die ausgeschlossenen Abgeordneten auf die Dauer von 4 bis 6 Monaten am Betreten des Reichstages, an der Teilnahme der Sitzungen, auch der Ausschüsse, verhindert werden und ihnen für diese Zeit die Freifahrkarte und die Diäten entzogen werden.

Die bürgerliche Volkspartei ließ durch einen Antrag fordern, bei besonderen Situationen im Reichstag den Ausnahmezustand, den „Ausland erzbüchsten Schöner“ zu beschließen und forderte im übrigen den Ausschluß bis auf die Höchstzahl von drei Monaten. Die rechtlose Bayerische Volkspartei tag aber dann ihren Antrag zurück, da ja der Antrag Löbes noch weit schärfere Strafmaßnahmen forderte.

Hauptanlass dieser brutalen Verhängung der Geschäftsordnung waren natürlich die Sozialdemokraten, für die sich nicht nur Löbe, sondern auch Dittmann und Reilmann besonders lebhaft einsetzten.

Die bürgerlichen Parteien unterstützten durch Stöcker (Dem.), v. Kardorff (ZP) und Weill (Z) den Vorschlag Löbes.

Die Genossen Bied, Stoeker und Torgler wandten sich in wiederholten Reden aufs schärfste gegen die Hausknechtschläge Löbes. Die Vorgänge der Mittwochssitzung seien eine politische Demonstration

gegen das Antikommunistengesetz. Es sei ein Verbrechen gewesen, mit dem der Rote Frontkämpferbund bereits verboten sei und die Kommunistische Partei verboten werden solle. Desgleichen habe es die kommunistische Fraktion für notwendig gehalten, einen deutlichen Alarmruf an die arbeitenden Massen Deutschlands herauszugeben. Die Massenanschläge in der Mittwochssitzung seien fast alle auf die Provokationen und Denunziationen der Sozialdemokraten erfolgt. In wie leichtfertiger Weise dabei vorgegangen worden sei, zeige die Tatsache, daß als erster ein Abgeordneter ausgeschlossen wurde, der überhaupt nicht in Berlin anwesend war, und daß bei den nächsten drei Ausschüssen der Abgeordnete Kadatsch dabei war, der während der ganzen Rede Senerzings überhaupt nicht im Saale war. Die Abgeordneten Stoeker und Torgler seien in geradezu unerhörter Weise ausgeschlossen worden, weil sie das Wort zur Geschäftsordnung verlangt haben. All die Redereien von „nicht genügender Anständigkeit“ seien elende Fäulnisse, da die Herren nur zu gut wüßten, daß es sich um einen ersten politischen Abwehrkampf der Kommunisten handelte. Gerade von sozialdemokratischer Seite wurden wiederholt die rüpelhaftesten Schmähreden gemacht. Die Kommunistische Partei werde ihren revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie unerschrocken fortführen.

Die brutale Konfessionsbeschlüsse Löbes seien kennzeichnend für die politische Situation. Sie seien eine Verleumdung zu dem unerhörten Antikommunistengesetz. Diese sozialfaschistischen Gewaltmaßnahmen seien nur Mittel zur Durchführung der neuen großen Kapitaloffensive gegen das werktätige Volk. Die Herren werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß die kommunistische Fraktion sich durch beratende Maßnahmen in ihrem energielosen und rücksichtslosen Kampf für die proletarischen Interessen einschränken ließe.

Im Entschluß wurden dann auf Kommando Löbes alle seine Vorklärungen gegen die Stimmen der Kommunisten und Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen.

Obwohl diese Vorklärungen nicht einmal allen Mitgliedern des Ausschusses schriftlich vorlagen.

Wie eilig es die Sozialdemokraten mit dieser neuen sozialfaschistischen Verhängung haben, zeigt die Ankündigung Löbes, daß er seine neuen Hausknechtsparagrafen schon in der nächsten Woche vom Reichstagsplenum beschließen lassen will.

Sozialfaschistische Hausknechte auch im Dresdner Rathaus

SPD-Vorsteher Böhlisch läßt Kommunisten mit Polizei aus Plenarsaal führen — Böhlisch provoziert — Kern ruft: „Wir wollen uns die Hände nicht dreckig machen, deshalb holen wir Polizei!“ — Kommunistische Abrechnung mit der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront

Dresden, den 6. Dezember 1929

Die gestrige Stadtorborenenkung nahm einen sehr düsteren Verlauf, der ganz deutlich zeigte, daß der Antikommunisten unter Führung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion und der Sozialdemokraten der Bourgeoisie zur weiteren Anbahnung der Arbeiterkollaboration entspricht. Gleichzeitig zeigte jedoch auch diese Sitzung, daß die kommunistische Parlamentsfraktion mit aller Entschlossenheit und Konsequenz den von der vereinigten bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront propagierten Kampf unerschrocken führt und sich durch keinen Terror davon abhalten läßt, den verhängenen Reaktionsmaßnahmen in aller Öffentlichkeit entgegenzutreten. Die kommunistische Fraktion hatte deshalb zu Beginn der Sitzung folgenden Prinzipienentsatz angedroht:

„Kollektum solle beschließen, bei der Reichsregierung den schärfsten Protest gegen die Einführung des Ausnahmengesetzes gegen die Klassenbewußte Arbeiterkollaboration, genannt Republikangelegenheit, durch das die Koalitions- und Verarmungs-freiheit beseitigt, die revolutionäre Arbeiterkollaboration mehr denn je der Klassenkollaboration überstellt und das Verbot der kommunistischen Partei leichter ermöglicht werden soll, zu erheben.“

Die Dresdner Straßenbahner begrüßen Kampf der KPD-Reichstagsfraktion

Dresden, den 6. Dezember 1929.

Der Arbeiterrat der Städtischen Straßenbahn nahm in seiner gestrigen Sitzung Stellung zu den Vorgängen im Reichstag und beschloß mit allen gegen 4 Stimmen die Abendung eines Telegramms an die KPD-Reichstagsfraktion, in dem die Haltung der kommunistischen Parlamentarier begrüßt wird und das Ergebnis ausgesprochen wird, die Sozialfaschisten zu entlarven. Wörtlich heißt es zum Schluß in diesem Telegramm:

„Wir sind überzeugt, daß an dem revolutionären Willen der Arbeiterklasse die faschistischen Maßnahmen zerbrechen werden!“

Ein „Bravo!“ den Dresdner Straßenbahner! Beiziel! Folgt diesem Beispiel!

Weitere Betriebsproteste

Arbeiter protestieren gegen Ausschluß der kommunistischen Fraktionsmitglieder aus dem Reichstag

Dresden, den 6. Dezember 1929.

Der Arbeiterrat der Firma Meurer, Colossebaude, Jandts der kommunistischen Reichstagsfraktion ein Telegramm, in dem gegen den Einspruch der kommunistischen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal und gegen die Verschärfung der Geschäftsordnung gegen die Kommunisten schärfster Protest erhoben wird.

Auftakt zum Republiksturzgesetz

Am 8. März d. J. fand in München eine große Erwerbslosendemonstration statt, die von der Polizei brutal auseinandergerissen wurde, wobei die Erwerbslosen sich nicht ohne weiteres auseinanderlagern ließen und die Polizei mit einigen Schneebällen bewarfen. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Fritz Dreßler, der in der Versammlung gesprochen hatte, wurde nun als „Mißleitender“ beim „Auftritt“ angeklagt und erhielt, in Anbetracht seiner besonderen Verantwortung als Landtagsabgeordneter, sieben Monate Gefängnis, während zwei weitere angeklagte Funktionäre mit „nur“ sechs Monaten bestraft wurden, obwohl eine Beteiligung bei den Zusammenstößen in keinem Falle nachgewiesen war. Man kann sich vorstellen, zu welchen Leistungen die Klassenjustiz sich erst nach Annahme des Antikommunistengesetzes verhalten wird.

Geberings Hennergesetz

Mitgliedschaft in der KPD strafbar / Verbot der revolutionären Organisationen und Presse
Gefängnis für Abzeichen / Versammlungsauflösung

Am Mittwoch wurden 23 kommunistische Abgeordnete aus dem Saale gefesselt, als sie bei der Verteidigung des neuen Republikshügelgesetzes durch den Reichsinnenminister mit den Henkern der Arbeiterbewegung abrechneten. Gebering, der kommende Mann der sozialfaschistischen Diktatur wurde durch die gesamte bürgerliche Meute und seine sozialdemokratischen Spießgesellen geschützt und unterstützt bei seiner Verteidigung dieses Handschellengesetzes. Damit hat sich dieser seit 10 Jahren im Dienste der Bourgeoisie bewährte Konterrevolutionär, dem herrschenden Großkapital als der kommende Mann der Diktatur präsentiert. Die Basis hierzu bildet dieses „Republikshügel“-Gesetz, dessen Charakter wir in nachfolgender Betrachtung der einzelnen Paragraphen aufzeigen:

Freibrief für Provokatoren

§ 1 lautet: Wer an einer Verbindung oder Verbindung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt, oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine solche Verbindung unterstützt. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder den Behörden so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein in Verfolgung der Verbindungen der Verbindung oder Verbindung beschuldigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.

Welcher Rechtsanwalt möchte es sich nehmen lassen, auf Grund dieser Paragraphen, von Gebering geschaffenen juristischen Handhabe, Klage gegen Kommunisten und Nationalisten zu erheben, nur weil sie den Ruf ausstoßen: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ und diese Parole auch in die Tat umsetzen. Im zweiten Absatz des ersten Paragraphen stehen wir auch wieder auf den berechtigten Freibrief für Provokatoren. Da werden die dunklen Gestalten der SA ungelöst und fröhlicher denn je ihr stehendes Handwerk treiben können.

Im § 2 wird mit Gefängnis bedroht, wer von dem Plan der Lösung einer Verlon Kenntnis hatte, aber den Behörden keine Nachricht gab.

Schutzparagraph für Streikbrecher und Faschisten

§ 3: Wer gegen eine Person wegen ihrer politischen Betätigung einen Angriff auf Leib und Leben (Gewalttätigkeit) begeht, oder mit einem anderen verhandelt, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Sind mildernde Umstände nicht vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis bis zu drei Jahren. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. § 196 des StGB findet entsprechende Anwendung.

Wie man sieht: ein Spezialschutzparagraph für Streikbrecher und Faschisten und sonstige Gegner der Arbeiterbewegung, denen die extraordinären Reichsgerichte natürlich nie etwas anhaben werden, auch wenn sie noch so viel „Gewalttätigkeit“ begehen. Die Kommunisten wird dieser Paragraph um so härter treffen.

§ 4 bestraft mit mindestens drei Monaten Gefängnis, wer gegen den Reichspräsidenten oder ein Regierungsmitglied Gewalttätigkeiten begeht.

Der Verbotparagraph gegen die KPD

§ 5: Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft:

1. wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuches), die die Verletzung der Verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, teilsnimmt, oder wer eine solche Verbindung unterstützt;
2. wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen.

Da die Kommunistische Partei, getreu der Lehre Marx' und Friedrich Engels' den Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Republik auf ihre Fahne geschrieben hat, wird sie von den Bourgeoisparteien und der Sozialdemokratie wie auch vom Reichsgericht als staatsfeindlich erklärt.

Die Teilnahme an dieser staatsfeindlichen Verbindung und damit faktisch jedes Mitglied der Kommunistischen Partei würde das neue Republikshügelgesetz mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestrafen. Die Antwort darauf geben die Besten der Arbeiter, die nicht nur am 17. November in ihrer überwältigenden Mehrheit auf die Kommunistische Partei schworen, sondern jetzt in großen Scharen tagtäglich in sie hineinstimmen. Diese Arbeitermassen werden dem Gebering trotzen, und wenn er die Kommunistische Partei zehntausendmal verbietet. Sie werden weiter ihre Mitglieder bleiben!

Gefängnis für Hochverratsbilligung

§ 6: Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung

1. die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes beschimpft oder abschätzlich zur Verachtung preisgibt oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet;
2. die Reichs- oder Landesoberen beschimpft oder durch Befundung der Mächtigkeit abschätzlich in der öffentlichen Meinung herabzusetzen sucht;
3. einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet;
4. zu Gewalttätigkeiten der im § 3 und im § 4 Ziffer 1 bezeichneten Art auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist, oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches), der gegen die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes oder den Bestand des Reiches oder eines Landes begangen worden ist, verherrlicht oder ausdrücklich billigt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Es genügt also für Gebering die Tatsache, daß ein Mitglied der Hamburger Oktoberrevolution...

oder ausdrücklich billigen“, um sie auf mindestens drei Monate ins Gefängnis zu fesseln.

Wer zum Kampf gegen die Hindenburg-Republik, wer zum Kampf für die proletarische Diktatur, zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung aufruft, wandert auf wenigstens drei Monate in den Kerker.

Das mag der Sozialdemokrat Gebering der Arbeiterklasse zu bieten!

§ 7 verbreitet sich über die Aberkennung des Rechtes der Befreiung öffentlicher Beamter, auf die gleichzeitig mit der Gefängnis- oder Zuchthausstrafe erkannt werden kann.

Nach § 8 tritt Strafverfolgung auch dann ein, wenn die Taten der Paragraphen 1 bis 6 im Ausland begangen sind.

Polizei schließt „unfriedliche“ Versammlungen

§ 9: Versammlungen, in denen Zusammenhandlungen gegen die Paragraphen 1, 2, 3, 4, 5 oder 6 des Reiches vornehmen, können durch Beauftragte der Polizeibehörde aufgelöst werden.

Nach alter Bismarckscher und Büttlammerscher Manier soll die Polizei als wirksamer Versammlungsleiter fungieren und jede Rundgebung gewalttätig auflösen können, wenn auch nur ein Hoch auf den Sturz der Regierung, ein Hoch auf die Sowjetdiktatur ausgebracht wird. Schlimmer wie unter Wilhelm II!

§ 10 bestimmt, daß für die Auflösung eines Vereins oder einer Partei die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig sind. Der Reichsminister des Inneren kann die obersten Landesbehörden um die Auflösung ersuchen. Entstehen Differenzen, dann steht dem Reichsverwaltungsgericht die Entscheidung zu.

§ 11 sorgt für die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der betreffenden Vereinigung, die aufgelöst ist.

Ins Gefängnis, wer Abzeichen trägt!

§ 12: Wer sich an einem Verein, der wegen eines den Strafgesetzbuches zumverbotenen Zwecks aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Wer ein Abzeichen eines solchen aufgelösten Vereins oder ein auf die frühere Zugehörigkeit zu ihm hinweisendes Abzeichen öffentlich trägt, wird mit Gefängnis bestraft.

Arbeitslosigkeit und Konjunktur in Sachsen

149 895 Hauptunterstützte / 25168 Krisenunterstützungsempfänger

Dresden, den 6. Dezember.

Nach dem letzten Bericht des Landesarbeitsamtes erfolgte eine Steigerung der Hauptunterstützungsempfänger aus der Erwerbslosenvermehrung von 143 029 auf 149 895. Das ist eine Zunahme von 6866 oder 4,8 vom Hundert. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger liegt von 24 525 auf 25 168. Das ist eine Zunahme von 643 oder 2,6 vom Hundert. Wenn wir in Betracht ziehen, daß vorwiegend ältere verheiratete Arbeiter und Angestellte erwerbslos sind, zu jedem Erwerbslosen zwei Zuschlagsempfänger rechnen, so ergibt sich, daß rund eine halbe Million Einwohner Sachsens direkt unter der Erwerbslosigkeit zu leiden hat. Dabei sind die nicht Unterstützten, die nach Jahresende zählen werden, „verschämterweise“ vom Landesarbeitsamt nicht erwähnt und unberücksichtigt geblieben.

Die einzelnen Industriezweigen, in denen eine besonders starke Erwerbslosigkeit zu verzeichnen ist, weisen jedoch geringe Konjunkturermittlungen in der Entscheidung auf. In der Textilindustrie ist die Erwerbslosigkeit besonders hoch und der durch das allgemeine Sinken der Kaufkraft bedingten Abschwächung des inneren Marktes entsprechend steigt die Erwerbslosigkeit. In der Metallindustrie steigt, außer im Leipziger Bezirk, die Erwerbslosigkeit hell an und wird in den nächsten Wochen und Monaten weiter zunehmen. In der Steinindustrie ist die Erwerbslosigkeit infolge des Kampfes gegen die schwebende Einfuhr von Wassersteinen. Dieser Konkurrenzkampf zwischen schwebenden und deutschen Kapitalisten wird auf Kosten der Steinarbeiter durchgeführt. Selbst in den Industriezweigen, für die laut dem Reichsarbeitsamt belebend wirkt, ist nur eine ganz schwache Besserung zu verzeichnen. Auch für die Engpässe brachte der Weihnachtseinkauf keinen Rückgang der Erwerbslosigkeit. Die Preisnotizen in der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse, in denen über Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen berichtet wird, dienen nicht als Mittel zur Beruhigung. Die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Agenten können naturgemäß nicht die ganze Katastrophe aufdecken. Sie versuchen immer wieder die Massen mit vagen Zukunftshoffnungen zu trösten.

Die Unmöglichkeit, mit der die Ressourcen der Trübsaligen gegen die Erwerbslosenforderungen der Arbeiterklasse haben, hat ihre politische Ursache in der Vorbereitung der Durchführung des Youngplans. Die dabei spielenden verschiedenen Methoden der Verwirrung, des Zurückhaltens

100prozentige Steigerung in 3 Monaten

Dieses Ziel ist allen Betriebszellen gestellt. Welche Ziele erreicht dieses Ziel zuerst? Bis zur Beendigung der Inflationskurve muß jede Betriebszelle 50 Prozent dieses

Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

So hofft man, Sowjetsterne, Koffertabzeichen oder sonstige proletarische Embleme von den Arbeitermassen und Arbeitermitteln verschwinden zu machen. Zu diesem Schandpatrographen erübrigt sich wirklich jeder Kommentar.

Anebelung der Arbeiterklasse

Die letzten Paragraphen (13 bis 16) handeln von den Zeitungs- und Buchverboten, die Gebering nun engros vornehmen lassen will.

Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer der in den §§ 1, 5 und 6 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches bezeichneten Handlungen begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften des § 10 Anwendung.

Das Verbot einer Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

§ 15: Eine periodische Druckschrift, die unter Duldung des Verlegers den Zeichen einer nach § 14 verbotenen Druckschrift als deren Ertrag zum Zwecke der Umgehung des Verbots hergestellt wird, kann für die in § 14 Absatz 1 bestimmte Dauer verboten werden.

§ 16: Wer eine nach §§ 14 oder 15 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verteilt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Eine Verhärterung des alten Republikshügelgesetzes! Das sah „nur“ die Unterdrückung einer Tageszeitung und ihres Ergänzungsblattes vor, stellte aber nicht unter Strafe, wenn zum Beispiel den Abonnenten der verbotenen Zeitung die legale Zeitung eines anderen Ortes zugeht. Solche Lücken in den Bourgeoisgesetzen gegen die Kommunisten kann der Sozialdemokrat Gebering nicht dulden. Und so verhärtet er noch das alte Gesetz.

Wir wenden uns an alle Arbeiter, auch und vor allem an die sozialdemokratischen, und fragen sie:

Ist das nicht ein Gesetz, dessen Auswirkungen schlimmer noch als die des Bismarckschen Sozialistengesetzes sein werden?

Ist das nicht ein Gesetz, das den proletarischen Handwerker umsetzt und die von der glorreichen Weimarer Verfassung gewährte freie Verbindungsfreiheit aufhebt?

Ist das nicht ein Gesetz, das die Kommunistische Partei, die die einzige Organisation, die Führerin der Arbeiterklasse, im Dunkel der Illegalität jagt und ihre Funktionäre und Mitglieder unklar von Ort zu Ort hegt?

Ist das nicht ein Gesetz, wie es nur ein Henker der Arbeiterklasse ausarbeiten kann?

Ja wohl, das ist es! Es ist ein Gesetz, gegen das es ebenso wie gegen seine sozialdemokratischen Urheber nur eins gibt: unerbittlichen, erbarmungslosen Kampf!

der Massen vom Kampf um die Lebensforderungen insofern eine Rolle, als dadurch die Bourgeoisie geschädigt und unter anderem radikalen Lösungen die Massen unter das Joch des Youngplans zu zwingen. Das „Arbeitsgesetz“ der Hugenberg und Hüller und die verlorene Kampagne der Faschisten gegen den Youngplan“ dient nur dazu, die Massen vom ernsthaften Kampf gegen die Träger der Verflügung, die Bourgeoisie und ihren Unterdrückungsapparat, abulenken.

Der Kampf um die Erwerbslosenforderungen ist aber ein wichtiger Bestandteil des wirklichen Kampfes gegen den Youngplan. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen erkennen, daß die Bourgeoisie den Druck auf die Massen durch Nationalisierung, Krisenmacher und Abbau der Erwerbslosenunterstützung deshalb so verstärkt, weil sie den Youngplan bereits durchzuführen beginnt, ohne bis zum offiziellen Abbruch zu warten, und weil sie den Abbruch aus den Werkstätten herauszupressen hofft.

„Es ist kein Geld da“ — diese ewig wiederkehrende Formel wird bei allen Arbeiterforderungen nachgehakt. Aber Geld ist da für Steuerzahler an Besessene, besonders natürlich auch für den Youngtribunal, an dem die deutschen Großkapitalisten beteiligt sind. Wenn die Nazis im Reichstag für den Abbau der Erwerbslosenunterstützung stimmen, so unterliegen sie praktisch der Durchführung des Youngplans und handeln, daß ihre Kampagne gegen die „Verflügung“ eitel Demagogie ist, mit der sie lediglich die Massen unter ihren Einfluss zu bringen versuchen zur Beschleunigung der Errichtung einer faschistischen Diktatur und so die sozialdemokratische Konkurrenz zu schlagen, die ebenfalls auf Errichtung einer Diktatur, aber mit ihren Männern, wie Gebering, binarbellet.

Gegen diesen Hunger- und Diktaturkurs kann natürlich im Parlament nicht ernsthaft angekämpft werden.

Dagegen hilft nur Mobilisierung der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zum gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf gegen das Trübsalital, seinen Staat und seine Trabanten von Müller bis Hüller.

Die geschlossene Kampffront ist notwendig. Versammlungen in Betrieben und Stempelstellen, Nicht von revolutionären Arbeiterkreisen überall, wo Arbeiter und Arbeiterinnen schaffend, oder sozialfaschistischer Agenten der Ausbeuter halten. Sozialfaschistischer Cooleur aus den proletarischen Organisationen: das gilt es zu organisieren. Die Massen erkennen bereits die Notwendigkeit des Kampfes. Wir müssen im Kampf gegen die Wandern aller Arbeiterkräfte die Basis der roten Kampfront in den Betrieben und Werkstätten der Arbeitermassen zwischen Arbeitlosen und Arbeitenden den Massenkampf um das Stück Brot zu führen beginnen.

Der Kampf um Brot und Arbeit ist der Kampf gegen den Youngplan.

gleichzeitig die praktische Entlohnung des faschistisch-parlamentarischen Volkstribunals, der nur die Massen ab-



Aus Dittschfen



Schamloses Verhalten der Leitung der Freiburger Samariterkolonne

In der Jahreshauptversammlung der Arbeiter-Samariterkolonne am 24. November wurde auch die Stadterordnetenkolonne getreift. Dabei wurde von der Leitung und einigen besonders heftig darauf hingewiesen, daß die Samariterin Gen. G. auf der Liste der SPD kandidiert habe. Es wurde gelacht die Familien, wo die Gen. G. Krankenpflege verrichtet, hätten Anstalt daran genommen und wollten nunmehr die Gen. G. nicht mehr als Heilerin haben. Auch die Krankenfälle sollte Anstalt daran genommen haben und die Kolonne würde daher von der Leitung erklärt, wenn die Gen. G. sich hätte wenigstens an ausführender Stelle aufstellen lassen, dann wäre es noch nicht so schlimm, aber weil dies nicht der Fall gewesen sei, so hätte sie sich nur kandidiert. Gen. G. konnte in der Versammlung nicht anwesend sein, da sie ihren Mann in der Heilstätte besuchte.

Wir wollen diese Sache ins richtige Licht stellen und es wird dann jeder Arbeiter sehen, was Gen. G. für die Leute von der Leitung der Samariterkolonne ist. Die Gen. G. leistet seit längerer Zeit mit einer SPD-Gesellschaft Krankenpflege in einer Familie. Bei der Stadterordnetenwahl ist den SPD-Leuten bekanntgeworden, daß Gen. G. Mitglied unserer Partei ist. Nun hat die Krankenfleilerin von der SPD in der Familie, wo beide die Pflege haben, zur Sprache gebracht, daß Frau G. bei der SPD kandidiert habe. Nachdem Gen. G. Kenntnis davon erhielt, hat mit der Familie eine Aussprache stattgefunden, wo dieselbe erklärte:

Frau G. will sich mit ihrer Pflege sehr zufrieden und würde bedauern, wenn Sie nicht mehr zu uns käme, das andere kümmert uns nicht.

So steht der Wille der Kranken aus, was die SPD-Gesellschaft hiermit einseitig beschließen hat, sollen wir nicht, oder hatte sie den Wille dazu? Wenn die Krankenfleilerin deren Leitung in SPD-Händen nicht nach dieser Richtung hin etwas getan haben sollte, dann wäre es Wille vom Kolonnenführer unterworfen gewesen, ein solches Vorgehen mit aller Schärfe zurückzuweisen.

Was die Aufforderung an ausführender Stelle anlangt, so gibt es in der kommunistischen Partei kein Rennen um Wahlen in den verschiedenen Parteien der Partei, es ist schon längst Vertrauen an die Partei in sich selbst, wenn sich eine Kandidatur angetragen wird, gleichviel an welcher Stelle der Liste. Man kann ruhig sagen, der Gesellschaft kam es doch wohl auf etwas ganz anderes an. Der Leitung ist doch bekannt, daß der 2. Vorname der Kolonne Partei, bei der SPD kandidierte, ohne daß sie da jemals etwas einwendendes gehabt hätte. Auch war der Leitung der Kolonne schon längst bekannt, daß

der Mann der Gen. G. das ganze Jahr bereits krank ist und sich schon längere Zeit in der Heilstätte befindet, von wo er jedenfalls als Invalid zurückkehrt. Auch weiß die Leitung, daß die Gen. G. immer eine dienstfertige Samariterin ist. Warum schlug man die Gen. G. nicht als Aushilfe in das Krankenstufenbad vor in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, in der sich die Gen. G. befindet? Oder erfährt man noch rechtzeitig die politische Gesinnung der Gen. G. und will nun mit einer gemeinen Heize auch noch die paar Pfennige den Gen. G. rauben, die sie sich mit Krankenpflege verdient? Es scheint, als ob die Leitung der Samariterkolonne nicht hinter den anderen der Freiburger SPD und den Gewerkschaften zurückstehen will in der kommunistischen Wir erkennen an den Fall G. Knappstall, an den Fall Kaul, Stadterordneten.

Nun, die Samaritergenossen, hier habt ihr ein treffendes Beispiel, wie hinter den Kulissen gearbeitet wird. So steht die Gesellschaft der SPD-Partei aus, die den kommunistischen Spaltung vorwirft, die die Neutralität des Bundes SPD erblickt, daß der Bund eine Rillale der korruptierten SPD sein soll. Samaritergenossen, denkt darüber nach und macht einen solchen erbärmlichen Witz ein Ende, schließt auch der Opposition an. (Arbeiterfort. 1875)

Sinein in die SPD!

Arbeiter, mach's nach! /

Zittau. Immer schärfer wird in den Betrieben die Nationalisierung durchgeführt. Dabei werden die Arbeitsmethoden verschärft und die Löhne abgebaut. Bestimmte Arbeiter bekommen den Auftrag die Nationalisierungsmethoden durchzuführen. Gegen diese brutale Schinder richtet sich die Empörung der Arbeiterschaft.

In der Wetz Weherei Zittau war es der Meister Gieb, der sich besonders darin gefiel, die Arbeiter zu schikantieren. Selbst aber war er unfähig, die ihm unterstellten Werkstücke in Ordnung zu halten. Die Folge davon war, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen trotz größter Anstrengung nichts herbeibringen konnten.

Eines Tages sah den Arbeiter die Geduld; sie traten in den Arbeiterstreik und forderten Entlohnung des Meisters Gieb. Der Streik war erfolgreich, der Meister mußte verschwinden. Wo

Ungעהure Erwerbslosigkeit in der Amtshauptmannschaft Zittau

Nach einem Bericht der am 28. November tagenden Bezirksauschussung steht es im Bereiche der Amtshauptmannschaft betreffs Erwerbslosigkeit so. Es wurden gemeldet am 15. November 1929: 5078 Hauptunterstützungsempfänger, 2154 Zuschlagsempfänger, (im Vorjahre: 3776 Hauptunterstützungsempfänger, 1399 Zuschlagsempfänger). Also eine fast 100prozentige Steigerung. Die Erwerbslosigkeit ist wie folgt angelegt: Landwirtschaft: 180 auf 282; Industrie der Steine und Erden: 120 auf 201; Metallgewerbe: 284 auf 392; Holzindustrie: 199 auf 238; Taugewerbe: 43 auf 66; Lohnarbeiter aller Art: 888 auf 940. Mit Rohhandarbeiten werden nur noch verhältnismäßig wenig Erwerbslose beschäftigt, und zwar bei Stragensbauern in Obersdorf und Ronasdorf 70; in Hirschfeld 11; in Großhain 40 und beim Wasserbau in Otritz 10. Am wenigsten schlecht die Arbeitsmarktlage in diesem Jahre ist, ergab sich aus einer Gegenüberstellung mit dem Vorjahre. Damals waren am 1. November vorhanden: 103 Kräfteunterstützungsempfänger (jetzt 853); 193 Ausgehende (jetzt 754); 533 Rohhandarbeiter (jetzt 224); Arbeitslose (4560 (jetzt 5892)). In diesen Zahlen sind Zentersdorf und Seiffenrodorf nicht eingeschlossen, dafür aber die Stadt Zittau. Zu bemerken ist ferner, daß zu den 5892 Arbeitslosen noch ungefähr 1200 aus Zentersdorf und Seiffenrodorf dazukommen, das sind dann in dem gesamten Bereiche der Amtshauptmannschaft Zittau rund 7100 Erwerbslose. Dabei steht es mit der Arbeitsbeschaffung verdammt traurig aus. Auch der Erwerbslosenfürsorge, kein Geld für Arbeitsbeschaffung und das „berühmte“ Weihnachtsgeld vor der Tür. Wunderbare Aussichten für die Zukunft. Was nach Weihnachten noch werden wird, und an Erwerbslosen noch dazu kommt, darüber steht ein großes Fragezeichen. Die Nationalisierungswelle legt über unheimlichen Teil elementarer Gewalt, wenn die Arbeiterklasse nicht beiseite in harten Kämpfen Einhalt gebietet. O.S.

Werft die Schinder aus dem Betrieb!

Sich Sieb kurze Zeit darauf nochmals in der Weherei leben ließ, rüsten die Arbeiter sofort wieder ihre Stühle aus. Durch dieses einmütige Handeln haben sich die Arbeiter etwas Luft verschafft.

Wie verhalten, will die Firma Herrn Gieb jetzt in der Weherei unterbringen. Nun, die Wehereiarbeiter werden sich diesen Wutausbruch vom Galle zu schütteln müssen.

Ebenso werden die Arbeiter bei der Firma Wagner u. Co. in Obersdorf mit Herrn Kurze einmal verfahren müssen. Denn dieser Herr glaubt allerlei Methoden einführen zu können, die sich zum Nachteil der Arbeiter auswirken. So läßt er durch die Wehereiarbeiter abends von den Werkstätten die Abfälle und Zellfäden wegschaffen sowie Sandpapier, Platinlöhne und andere wichtige Hilfsmittel. Schon durch diese Maßnahmen zeigt er, wie wenig Verständnis er für die Arbeiter besitzt. Dafür verleiht er das Leute Geld um um so besser ohne Verhandlung mit dem Betriebsrat werden unerhörte Lohnkürzungen vorgenommen.

Am 21. 11. nahm die Weherei zu den Dingen, die sich im Betrieb abspielen, in einer Versammlung Stellung. Man hatte Herrn Kurze eingeladen, damit er vor der Weherei die Maßnahmen der Firma sowie seine Handlungsweise einmal vertreten soll. Er hatte es aber vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben mit der Entschuldigung, daß er später einmal kommen wolle. Die Arbeiter brachten in der Versammlung ihren Protest laut zum Ausdruck.

Solche Entscheidungen wie in diesen beiden Betrieben sind auch in den anderen Betrieben zu vermeiden. Das Unternehmertum geht am Angriff gegen die Arbeiterschaft vor. Dabei lassen sie es auch an Verhöhnung nicht fehlen. Ein Direktor lagte einer Frau, die sich beschwerte, weil sie nicht auf den Tariflohn kommt:

„Sie werden sich schon noch daran gewöhnen, nur kein Mark in der Woche zu verdienen.“

Bei einer anderen Firma erhielt eine Frau, die mit dem Erlösen an die Leitung heranging, daß sie anstatt 3 Tage 5 Tage in der Woche arbeiten dürfe, weil ihr Mann erwerbslos ist, folgende Antwort:

„Sind Sie nur froh, daß Sie nur drei Tage zu arbeiten brauchen, da können Sie sich zwei Tage länger mit Ihrem Manne ins Bett legen.“

Derartige Ausprüche, die oft noch viel gemeiner sind, erdreißt sich das Ausbeutergehirn gegenüber der Arbeiterschaft.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft bekennt und die Mobilisierung zum Kampf gegen ihre Ausbeuter vornimmt. Das Beispiel in der Weherei haben wir, wenn sie kämpfentschlossen auf den Plan tritt.

Die Wutausbrüche und Wehereiarbeiter müssen aus den Betrieben herausfliegen. Der Kampf muß aber nicht nur gegen die einzelnen Verurteilten geführt werden, weil diese immer wieder durch neue Unternehmerrückfälle ergänzt werden, sondern er muß geführt werden gegen das gesamte System der Ausbeutung und Profitgierigkeit. Deshalb, Arbeiter, nehmt den Kampf auf und bestrebt Erwerbslos und deren Gehälter, für höchsten Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Arb.-Korr. 1860.

Reichenauer Gemeinderat und Erwerbslosenforderungen

Kaunachemerte bei polizeilicher Tribüne sang die letzte öffentliche Gemeinderatsversammlung vom Stadel. Als Grund hierfür dürfte wohl der in letzter Erwerbslosenversammlung geäußerte Protest an den Gemeinderat betr. Verschleppung von Wehrdienstleistungen, bzw. Gewährung von Wehrdienstleistungen zu haben sein, und demzufolge war den Erwerbslosen Gelegenheit gegeben, sich von den praktischen Auswirkungen der verschiedenen sozialen Einrichtungen von bürgerlicher Seite, laut Wehrdienstleistungen in Abrechnung, Einmündung der Bürgermeister eine Heberlei über die von der Gemeinde bisher ausgeübten Wehrdienstleistungen unter Hinweisung von Erwerbslosen bzw. Ausbeuterten gleichfalls betonte, daß die Gemeinde kein Geld und auch der Reich, nach Aussage des Amtshauptmanns keine Mittel zur Verfügung habe. — Anschließend sprach Gen. Müller das Wort und kritisierte das Verhalten der heutigen Wehrverwalter. Die gleiche, mit Hilfe der Sozialdemokratie stützende Koalitionspolitik ist nicht imstande, freilich einzuführen, um den Wehrdienst der Armen zu helfen, während man andererseits fortwährend Summen auswerft für Wehrdienstleistungen von jährlich 20.000 Mark, oder Offiziersgehältern insgesamt jährlich 23 Millionen für Leute, die gesund aus dem Wehrdienst, nicht nur aus der Stappe zurückgerufen haben, sondern auch die Renten der Kriegsveteranen erfüllt werden. Darum ist es in Bezug auf die Wehrlei, hat der Gemeinderat an der Zeit, Sozialmaßnahmen von oben einzuführen. So Gen. Müller brachte hierbei in Erwägung, um der größten Not zu wehren, von Seiten der Gemeinde die Summe von 2000 Mark einzusetzen in punkto Wehrdienstleistungen, was auch Zustimmung fand, ausnahmsweise — auch auf Seiten der sozialdemokratischen Fraktion, die doch nun hauptsächlich zu der Einsicht kommt, welche verwerfliche Rolle ihre Wehrverwalter an der Wehrlei spielen, welche haben in Bezug auf das neue Erwerbslosenfürsorgegesetz! — Jedoch bei der Wehrlei waren die bürgerlichen Vertreter, außer Gen. Müller, der Meinung, den Antrag in den Verwaltungsausschuss zu verweisen. Unter allerhand Begründungen, wie z. B. Wehrdienstleistungen, Reparationsleistungen an das Ausland, die schweren finanziellen Schwierigkeiten in der Gemeinde wofür man sich nicht verantworten kann, man solle den Gemeinderat nicht etwas tun lassen, um die Angelegenheit etwas zu entlasten, verurteilten einige Herren von bürgerlicher Seite hierauf das Verhalten der Sozialdemokratie in Bezug auf Ausweisung der Kolonen (siehe Bauern) auch Verurteilung ihrer Abwärtigen in den Reich zu ziehen, müßten sich aber von untern Genossen eines Besseren belehren lassen, insofern, daß die russische Regierung keine Bewandlung habe, Mitglieder einer wohnsitzigen Wehrdienstleistungen, die verurteilten, den ersten Arbeiter- und Bauernrat zu unterminieren, weiterhin unter die Arme zu greifen, aber — andererseits auch Amerika vorläufig kein Interesse an ihnen habe, und nun die deutsche Regierung verlasse, sie im Osten an der Grenze unterzubringen. — Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag des Gen. Müller mit Stimmenmehrheit an den Verwaltungsausschuss zurückverwiesen. — Auf Antrag des Bürgermeisters wurde ein Wehrdienst gebildet, der sich mit Erwerbslosenfragen bzw. Ausarbeitung hierfür beschäftigen soll. — Anschließend wurde die Wehrlei (bürgerlich) nach gegen die Wehrleistungen, leinerseits in einer Wehrleistung, was Wahl von bürgerlicher Seite, indem er die Wehrleistung des Wehrdienstes als einzige von bürgerlicher Seite ermöglicht habe, weil er doch lediglich nur der Bewilligung der Summe von 2000 Mark zustimmt habe — zu den Wehrarbeiten, andererseits müßte sämtliche Vertreter ihre Zustimmung zur Wehrleistung geben haben. Darunter schon kann man erleben, in welcher Weise, sondern auch gegen ihre eigenen Kandidaten von den Wehrleistungen geführt wurde.

Wichtig der Arbeiterschaft ist es darum, die öffentliche Gemeinderatsversammlung immer zu besuchen, um sich zu überzeugen, wie ihre Interessen immer, und mitsubellen am Aufbau der Arbeiterschaft.

GEREINIGT
KOLIBRI

Kolibri

Wer Kolibri raucht,
raucht gut und spart.

54

„Forderungen der Metallarbeiter“

Am 1. Dezember, als in Berlin die Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition beklommen waren, um den Weg der kommenden Kämpfe zu klären und die Maßnahmen zur Stärkung der revolutionären Front zu besprechen, kamen in Leipzig die reformistischen Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammen. Die sozialdemokratische Presse bringt in großer Aufmachung und übertriebener Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft, und übertrifft ihre Forderungen der Metallarbeiter.

Wohl Sozialpolitik, mehr Lohn, Vertiefung der Arbeitszeit, Vertiefung der Arbeitslohnität und Wirtschaftsdemokratie sind die auf dieser DDB-Tagung beschlossenen Forderungen. Sie weisen schon bei einer oberflächlichen Untersuchung, daß sie nicht mehr sind als idealtypische Phrasen, denn wenn man sich in der Wirtschaftsdemokratie bekennt, wenn man den Wirtschaftskrieg als oberstes Ziel betrachtet, dann kann und darf man nicht kämpfen um mehr Lohn und Vertiefung der Arbeitszeit.

Das Referat des Bezirksleiters Leipzig führte die Vollständigkeit der Reformen. Nach keiner Auffassung ist die Zunahme der Arbeitslosen zum Teil eine Folge der abendlichen (1) Rationalisierung des Produktionsprozesses und der wirtschaftlichen Zusammenstöße für die Reformen ist also die Rationalisierung abgeschlossen. Diese Rationalisierung, die die Arbeiter nicht zu warm empfanden und von der sie verlangten, daß die Arbeiter nur Vorteile durch die Rationalisierung erhalten würden. Leipzig führte einige Beispiele an über die Rationalisierung, die durch Tausende ergänzt werden können. So stellte er fest, daß es heute Firmen gibt, die mit einer Belegschaft von 700 Mann einen um 25 Prozent höheren Umsatz erzielen als früher mit einer Belegschaft von 1000 Mann. Was hat der Metallarbeiterverband gegen diese gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter unternommen? Nichts, auch gar nichts. Die Reformisten mühten sich zu geben, daß der Reallohn bis zum letzten Arbeiter gekürzt ist während die Unternehmer Willkürerhöhungen in ihre Taschen stecken.

Das ist ein Trübsal an der üblichen kommunistischen nicht fehlen sich, nicht umsonst nicht mühen. Der schärfste Kampf ist im nächsten Frühjahr bei den Betriebsratswahlen gegen die oppositionellen revolutionären Metallarbeiter geführt werden. Wirtschaftskrieg werden angeführt von denen, die die Opposition als Spalter beschuldigen.

Reichel vom Vorstand hielt ein Referat über den Stand der Wirtschaft und die Sozialpolitik. Er legte am Schluß seines Referates eine Entschließung vor, die die umfangreiche Bezirkskonferenz gegen 3 Stimmen annahm.

Welche Forderungen enthält diese Entschließung?

Es wird darin erklärt, daß unbedingt eine weitere Vertiefung der Arbeitszeit festzusetzen habe. Wirtschaft heißt es dann:

„Die tägliche Arbeitswoche nach dem russischen Beispiel hält die Konkurrenz für kulturfördernd.“

Was heißt das? Die Arbeiter sind nicht die geringste Abnahme von den in der Sowjetunion bestehenden Arbeitsverhältnissen haben. In Rußland besteht bekanntlich nicht die tägliche Arbeitswoche, sondern die 5-Tage-Woche, so daß nach 4 Tagen Arbeit ein freier Tag eintritt. Die Erfahrungen, die mit der Einführung dieser 5-Tage-Woche gemacht wurden, zeigen, daß sie gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was die Reformisten erklären, daß also diese Forderung kulturfördernd wirkt.

Was spricht denn von Lohnsteigerungen in demselben Ausmaß, als der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Willel zwei Schlichtungsversuche für die Schlichtungsarbeiten und Bergarbeiter des mitteldeutschen Gebietes, in denen Lohnsteigerungen für diese Arbeiter bis zum Jahre 1931 festgelegt wurden. Zu dem Schlichtungsversuch dieses sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers erklärte die sozialdemokratische „Vorbereitung für die Oberlausitz“ erklärt, daß er ein Schlag ins Gesicht der Bergarbeiter ist und daß Willel auch gar keine Kenntnis von den Lohnverhältnissen der Arbeiter hat. Die Entschließung lautet dann ferner:

„Die Forderungen der Arbeiter in Europa müssen als wirtschaftlich und kulturfördernd auf entscheidende Bekämpfung werden.“

Das waren die Elemente zu sagen, die erst vor wenigen Monaten die Einführung neuer Löhne beschlossen haben und die jetzt bereit sind, der Erhöhung weiterer Löhne die Zustimmung zu geben.

Am Schluß der Entschließung wird dann betont, daß die Konkurrenz schließt an der Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft. Also Wirtschaftsdemokratie auch für die Zukunft — und das nennen die Reformisten Kampfforderungen der Metallarbeiter! Man muß die Arbeiterschaft belügen und betrügen.

Der Reichstagsbericht der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der am letzten Sonnabend und Sonntag in Berlin lagte, stellte nach einer genauen Analyse der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ein Kampfprogramm auf, das der Arbeiterschaft Deutschlands die Kampfmethoden und Formen zeigt, die jetzt in Angriff genommen werden müssen. Es gibt keine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, es gibt keinen Wirtschafts- und Bürgerfrieden, sondern nur rassistischen, entlassenen Klassenkampf. Die Metallarbeiter, die aus Österreich an dem Reichstagsbericht der revolutionären Gewerkschaftsopposition teilnahmen, werden in ihren Berichten dem Programm der Reformisten entgegenstellen das Programm der revolutionären Arbeiterschaft. Die Metallarbeiter müssen in allen Betrieben Bericht vom Reichstagsbericht der Gewerkschaftsopposition verlangen und können dem Reformisten anfordern durch das Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition Dresden, Columbusstraße 9.

Der Beitrag an den mitteldeutschen Bergarbeitern vollendet

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Willel hat den Schlichtungsbericht für die mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter für verbindlich erklärt. Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands und mit ihnen die gesamte Arbeiterschaft hat wiederum einmal einen neuen Beweis sozialdemokratischer Betrugsmanöver.

In unglücklichen rassistischen Ketten und in Rundschreiben haben die sozialdemokratischen Willel, Schmidt und Hufemann verächtlich, daß die geforderte Lohnsteigerung um 1 Mark unter allen Umständen durchgeführt wird. Sie schreiben, daß sie auch den Streik um diese Forderungen führen werden. Nach dem ersten Schlichtungsbericht leiten sie eine Kündigungsaktion ein. Sie schreiben den Bergarbeitern vor, daß die Einstellung der Kündigungsaktion erfolge, um den Streik einmütig und geschlossen auszusetzen.

Was wir von vornherein die Kündigungsaktion als ein Betrugsmanöver betrachteten, das nur dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Willel zur Lösung eines Schlichtungsversuches und seiner Verbindlichkeitsklärung Gelegenheit geben sollte, sollte die sozialdemokratische Meute wie wild von „kommunistischem Verrat“, von kommunistischer Verletzung der Einheitsfront. Die Kommunisten wurden als die Feinde der Einheit, als Verbrecher an den mitteldeutschen Bergarbeitern hingestellt und mit dem Ausschluss aus dem Verband bedroht.

Auf der zweiten Konferenz am Sonntag, dem 24. November, lehnte die Paragrafen ihre Kündigungsaktion ab. Obwohl der Vorstand des Schlichtungsversuches jetzt schon vorlag und klar zeigte, daß die Bergarbeiter betrogen werden sollten, ließ die Paragrafen ein Vertrauensvotum ausstellen und sich mit der Durchführung der Kündigungsaktion beauftragen.

Ein Schlag ins Gesicht diesen Worten muß die Tat folgen

„Das Gesicht der Kündigungsaktion bedeutet einen Schlag ins Gesicht der kämpfenden Braunkohlenarbeiter. Zwar hatten die Unternehmer gegen den Schlichtungsbericht Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, ihnen war sogar die Erhöhung des Schlichtungslohnes von 6 Mark auf 6,25 Mark zu hoch —, aber trotzdem wurde dieser Schlichtungsbericht, der die Forderungen der Bergarbeiter nur zum vierten Teil berücksichtigt, auf keinen Fall für verbindlich erklärt werden. Gestalt ist durch die gewaltsame Beendigung der Lohnbewegung der Konflikt in Mitteldeutschland nicht. Es ist unmöglich, diesen Spruch, der die Bergarbeiter zwei Jahre an das Lohnabkommen bindet, zu halten. Nach vor Ablauf des jetzt für gültig erklärten Lohnabkommens wird der Kampf um eine weitere Aufbesserung der kümmerlichen Löhne im Braunkohlenbergbau entbrennen, trotz der Bestimmung, daß ab 1. Dezember 1930 eine Zulage von fünfzehn Pfennig pro Tag erfolgen soll.“

(Volkszeitung für Oberlausitz (SPD) Nr. 281 v. 4. Dezember 1929.)

Neuer Anschlag gegen die Invalidenversicherung!

Die soziale Reaktion köhlt weiter vor. Ein neuer Schlag gegen die Invalidenversicherung wird vorbereitet. Das „Gewerkschaftsarchiv“ vom November 1929 berichtet, die Lage der Invalidenversicherung sei keineswegs günstig, den geringeren Einnahmen der ersten 7 Monate des Jahres 1929 gegenüber geteilteren Ausgaben für Renten gegenüber. So sind es auch mit dem Abbau der Arbeitslosenversicherung durch den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister an. Genau so wie dort entspricht es auch hier nicht den Tatsachen, daß kein Geld vorhanden ist. Das Vermögen aller Versicherungsanstalten ist ununterbrochen, beginnend mit Beendigung der Inflationsjahre, anfallend, Invalidenversicherung, Sozialrenten aufzupfählen! Bereit, rechtzeitig den neuen Anschlag, Organisieren sich im Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit und werden Kämpfer gegen die Sozialreaktion!

Gewerkschaftsabteilung der BL
heute, Freitag, 6. Dez., pünktl. 19.30 Uhr, im Parteibüro
Der Reichskongress und unsere Aufgaben / Referent Gen. Wehner
Alle Mitglieder sind verpflichtet, zu erscheinen

Aber schon am 1. Dezember in der neuen Rentenkonferenz, die in der entscheidenden Situation zusammentrat, wurde der neue Schlichtungsbericht, der eine um 5 Pf. größere Lohnsteigerung brachte, abgelehnt, aber die Kündigungsaktion schon eingeleitet und beschlossen, die Kündigungsaktion nicht einzusetzen. Das geschah, obwohl man wusste, daß dieser Schlichtungsbericht verbindlich erklärt und damit der Beitrag vollendet wird.

Wie und warum war dieser Beitrag der reformistischen Bürokratie möglich? Wie war es möglich, daß es aus allen Konferenzen der Bürokratie gelangen war, einen solchen Schwindel zu treiben und eine Mehrheit zu erhalten? Nur deswegen, weil die Bergarbeiter selbst aus den früheren Kämpfen noch nicht die Lehre gezogen haben. 1927 wurden sie betrogen, 1928 wurde der Beitrag wiederholt, und jetzt 1929, geschah diese Bergarbeiter wiederum an die rassistischen, braunen, sozialdemokratischen Bürokratie. Dies war der entscheidende Fehler der mitteldeutschen Lohnbewegung.

Wir haben mit aller Deutlichkeit bei Einleitung der Lohnbewegung gesagt, daß die Durchführung einer Lohnsteigerung nur möglich ist gegen den Willen der sozialdemokratischen Bergarbeiterbürokratie. Selbst die eine Mark, die die Reformisten forderten, selbst die wollten und konnten die reformistischen Bürokratie nicht durchsetzen. Selbst diese unzulängliche Lohnforderung konnte nur im Kampf durchgesetzt werden. Das ist, was die Bergarbeiter Mitteldeutschlands noch nicht begriffen haben.

Wir haben den Bergarbeitern gesagt, schafft euch Kampfleitungen auf den Gruben, organisiert den Kampf unter Führung eigener Streikleitungen gegen den Willen der Verbandsbürokratie, nur dann werdet ihr eine Lohnsteigerung erhalten. Die Bergarbeiter befolgten diese Parole nur sehr schwach. Nur auf drei Gruben wurden Kampfleitungen gewählt, dies auch nur von einem geringen Teil der Belegschaft. Dieser Mangel erleichterte das Betrugsmanöver der Reformisten.

Obwohl Zweifel sind die Bergarbeiter Mitteldeutschlands mit diesem Schlichtungsbericht und dieser ermäßigten Lohnsteigerung von 26 Pf. pro Schicht nicht einverstanden. Sie sind auch nicht einverstanden, daß dieser ermäßigte Schlichtungsbericht bis zum 30. November 1931 laufen soll. Auf der Rentenkonferenz am 1. Dezember haben aber 400 Funktionäre des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter diesem ermäßigten Schlichtungsbericht ihre Zustimmung dadurch gegeben, daß sie nicht nur seinen Streik beschlossen, sondern auch die Kündigungsaktion einleiteten.

Waren das nun die wirklichen Vertreter der mitteldeutschen Bergarbeiter? Wir sagen: nein. Das waren die sozialdemokratischen Paragrafen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die immer nur das tun, was ihnen die Hufemann, Schmidt und Willel diktiert, die jeden Beitrag an den Bergarbeitern sanktionieren. Hier entgeht den mitteldeutschen Bergarbeitern die Aufgabe des rassistischen Auftrages unter diesen angeblichen Bergarbeiterfunktionären. Die Hufemann, Schmidt und Willel sind nicht die, allein Schuldigen. Schuldig sind auch die kleinen Hufemann und Konforten in den Betriebsräten, in den Ortsverwaltungen der Zehntelstellen, die die Geschäfte der Hufemann und Willel betreiben.

Wenn die mitteldeutschen Bergarbeiter wollen, daß dieser Beitrag vom Dezember 1929 der letzte sein soll, dann haben sie die Aufgabe, bei den letzten Ortsverwaltungen, bei den kommenden Betriebsrätemahlen, hier mit der Kündigungsaktion zu beginnen und nur selbst kommen auf ihr Vertrauen auszusprechen, die jederzeit bereit sind, auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, unter Führung eigener, in den Betrieben gewählter Kampf- und Streikleitungen auch die Lohnbewegungen der Bergarbeiter zu führen, nicht mit, sondern gegen den Willen der reformistischen Verbandsbürokratie.

Material zur Vorbereitung der Ortsverwaltungenwahlen Neutralität der Gewerkschaften

Aus den statutenmäßigen Kommunalwahlen wollen wir einige Tatsachen registrieren, die beweisen, daß die so viel gerühmte und oft betonte parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften nicht weiter ist als ein Beitrag der Mitglieder.

1. Der „Grundstein“, Organ des Bergarbeiterverbandes, bringt eine ganze Seite in Nr. 45 vom 9. November mit der Überschrift „Kommunalwahlen und Gewerkschaften“. „Wählt sozialdemokratisch“. Von dem Geld der Mitglieder, die keineswegs alle organisiert sind in der Sozialdemokratischen Partei, wird hier die Wahlleitung für die Partei der Sozialisten bezahlt.

2. Das Organ des deutschen Verbands der Arbeiter erschien am 13. November, also zwei Tage vor der Wahl, mit einem Artikel auf der ersten Seite, der überschrieben war mit der Schlagzeile „Nieder mit der SPD“. In der schmutzigsten Weise wurde in diesem Artikel für das Geld der Gewerkschaftsmitglieder die Wahlleitung für die SPD betrieben.

3. Selbst das Referentienmaterial der SPD wurde durch den Gewerkschaftsapparat verschickt, wie aus folgenden Rundschreiben des Verbandes der Gewerkschaften und Staatsarbeiter hervorgeht:

„An die Wirtschaftsbezirks- und Gassenleitungen, Ortsbüros und Filialen in Preußen, Sachsen und Hessen!
Werte Kollegen!

In der Anlage überreichen wir einige Exemplare des von der kommunalpolitischen Zentralstelle der SPD herausgegebenen Referentienmaterials für die Kommunalwahlen. Wir bitten, dieses Material besonders solchen Kollegen zugänglich zu machen, die aktiv in den Wahlkampf eingreifen.
Mit koll. Gruß
Der Referent

(Aus „Betrieb und Gewerkschaft“, Heft 11, Ersch. 20 Pf. Zu haben in der Arbeiterbuchhandlung, Vörländerstr. 21.)

Wie die Reformisten die Interessen der Arbeiter vertreten

In Freiberg sagte vor kurzem die bürgerliche „Deutsche Gesellschaft für Gewerkschaften“. Anwesend waren unter 800 Vertretern ungefähr 200 Delegierten der freien, christlichen und gelben Gewerkschaften. Nach Antritt des vom ADGB herausgegebenen „Gewerkschaftsarchiv“ Band 11 Heft 5 gewann diese Gesellschaft immer mehr an Bedeutung (für die Durchführung des sozialdemokratischen Kurses der Bourgeoisie). Ja, das „Gewerkschaftsarchiv“ vertritt die Lage zu folgenden Feststellungen:

„Nur auf diese Weise (Beteiligung an solchen bürgerlichen Kongressen) können wir unseren Einfluß geltend machen, unserer Stimme Gehör verschaffen.“

Natürlich haben auch auf dieser Tagung die Reformisten nicht leicht Jammertränen bekommen, das Wort „Klassenkampf“ ist nicht gefallen. Wie bei jeder anderen Gelegenheit, so haben auch in Freiberg die Reformisten nicht den leichesten Versuch unternommen, gegen den Stachel der Unternehmerrückständigkeit zu leben. Sie geben mit obigem Hinweis zu, daß sie nicht gewillt sind, auf Durchforderung der gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft den notwendigen Kampf zu organisieren. Die Ergebnisse solcher Kongresse wie der in Freiberg sind für die Werkschäftigen ohne jede Bedeutung, noch dazu, wenn ihre „Vertreter“ im Grunde mit den Klassenfeinden stehen. Alle Arbeiter müssen erkennen, daß nur die roten Betriebsräte gewillt sind in der Lage sind, für das Proletariat zu kämpfen. Sie müssen in ihrer Arbeit unterlassen durch Führung roter Vertrauensmännertypen in allen Betrieben sie müssen marschieren mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Verbesserung der materiellen Verhältnisse in den Betrieben kann lediglich erreicht werden durch die Führung des Klassenkampfes unter den roten Führern von Karl Marx und Lenin!

Neue Massenentlassungen in den Demminer Steinbrüchen

Mit Berichteten bereits, daß die Firma Kunath 5 Prozent der beschäftigten Arbeiter entließ und weitere 4-500 im Dezember entlassen werden sollen. Jetzt erfahren wir, daß auch die Firma Spatzmann u. Co. am Sonnabend, dem 30. Ro-

tomber, 300 Steinarbeiter entlassen hat und die Steinbrüche Treibhausberg Berg und Köhleritz ganz stillgelegt werden sollen. Der Betriebsleiter Wodan erklärte, daß vor allem diejenigen zur Entlassung kommen, die krank seien. Durch die Ausbeutung und Nationalisierung, durch ein gefeiertes Kontrollsystem haben sich gerade in der letzten Zeit die Unfälle in den Steinbrüchen bedeutend vermehrt. Die Betriebsräte sollen über die größten Schattensachen gegenüber den Arbeitern aus und machen diese für die Unfälle selbst verantwortlich. Oft werden die Arbeiter durch den Vertrauensmann arbeitsfähig erklärt, obwohl jeder andere Arzt auf Grund der Untersuchung Arbeitsunfähigkeit feststellen müßte.

Die jetzt vor sich gehende verstärkte Nationalisierung in den Steinbrüchen, die Stilllegung einer großen Zahl von Brüchen in Ostböhmen hat ihre Ursache in dem Verbot der Steinbrüche, die ebenfalls Schenkung für bestimmte Steinarten verlangen. Es ist ja nicht unbekannt, daß auch die Stadt Dresden die Steinbrüche stilllegt, um sie nach der Annahme der Schenkung an die Kapitalisten verschleudern zu können. Die Steinarbeiter des Demminer Gebietes müssen aus den jetzt vor sich gehenden Massenentlassungen und Unternehmensmaßnahmen erkennen, daß sie nur durch eine geschlossene Front in der Lage sind, einen erfolgreichen Kampf um ihr Existenz zu führen. Diesen Kampf aber werden nicht die Reformisten führen, sondern nur die roten revolutionären Steinbrüchleropposition. Darum müssen sich alle Steinarbeiter ihr anstellen und Vorkampf der kommunistischen Presse, der „Arbeiterstimme“ werden.

Arbeiterreferat vom 1870

Betriebsrätekursus

am Montag, dem 9. Dezember, in den Annenallen, Fischhofplatz, Beginn 19.30 Uhr.
Thema:
Der Reichskongress und seine Bedeutung für die Betriebsräte und Vertrauensmänner.
Referent: Gen. Wehner.
Alle Dresdner Betriebsräte müssen unbedingt erscheinen.

Pirna

Erich Schneider, Schuhgasse 19

Hauptwald Lebensmittel / Zigaretten / Samen

Markt-Drogerie Arznei / Kosmetik / Parfüm

Max Göbel, Niedere Burgrasse 3

Franz Klöpsch, Breite Straße 10

Max Pietzsch, Fein- und Weißbäckerei

Preiswerte Qualitätserzeugnisse liefert der landwirtschaftliche Betrieb

Zigarren-Spezial-Geschäft Emil Kuchler

C. HEGEWALD, Breite Straße 20

Bäckerei, Konditorei Karl Gollmar

Hygienische A-Haht Gummi-Unterlagen

Hermann Beck, Spezialgeschäft für Ofen und Herde

„Migeno“ Pirna

Albert Sachse Feinbäckerei

Preiswerte Schuhe J. Ackermann

Paul Petau Tischlerei

PAUL GREGOR, Holzwaren

Haus- und Küchengeräte A. Zenner

Hüte, Mützen und alle Arten Filzschuhe

Farbenhandlung Wilh. Keppe Nachf.

Albert Hölzel Töpfermeister

Oskar Fuchs Nachf., Drogeriehandlung

Fritz Gerstenberger, Glaserei

Paul Walther, Feinbäckerei

Kurt Noack Bierhandlung

Hugo Fecker, Schuhwaren

Richard Moal, Fleisch- und Wurstwaren

Butter JUTTLER'S, Dohlsche Str. 81

Georg Memel, Feinbäckerei

Bleye-Kleidung Wollwaren

Emil Jähngen, Fahrräder

Alfred Schmücker, Kleiderstoffe

Pirna Cospitz

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt Otto Böhmer

Gasthaus Erbgericht, Verkaufsort der organisierten Arbeiterschaft

Hanne Dröher Hauptplatz 16, Textilwaren

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Paul Penke

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Bruno Böhme

Schuhmacher und Reparaturwerkstatt Karl Adler

Gasthof zum Hirsch, Paul Hermann

Richard Worm, Fleisch- u. Wurstwaren

Drogerie „Zum Fuchs“ / Feinbäckerei

Maria von Müller Nachf. Frieda Dornis

Pirna-Jessen, Kolonial- u. Feinwaren

Frau Richter, Kolonial- u. Feinwaren

Bergglennebel, Gasthof Goldener Stern

Hummelmühle, EBI das kräftige Hummelmühlen-Brot

Königsstein, Holz- und Kohlen-Handlung

Kreuz-Drogerie, Drogerie / Farben / Parfüm

Schandau, Otto Heideich, Damen- u. Herrenkollektion

Franz Hajek Witwe, Schuhwaren aller Art

Sporthaus Hering, Volks-Einkaufs-Zentrale

Trinkt Sigt-Mineralwasser!

Schuherei, Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt

Damenkleidung und -Kleider, große Auswahl

Schandau-Wendischfähre, MARTIN ROSSIG

Rathmannsdorf, Kurt Schürich

Posta

Traug. Forster, Pirna-Posta u. Meckelhal

Gasthof u. Fleischer Winzerhaus

Sirupen, Polstermöbel - Lederwaren

Glashüte, Fachkation feiner Flaschen

Alfred Krausse, Konfektion

Schnitz, Fleisch- und Wurstwaren

Lebensmittel und Süßfrüchte

Die günstigste Bezugsquelle für alle

Joseph Pankratz Langs Straße 43

Köhlen, Briquette, gespaltenes Holz

Willy Reitzsch, Hertilgswalder Str.

Kreischa, Motorräder - Fahrrad- u. Reparaturwerkstatt

Feinbäckerei u. Café Emil Wähler

Walter Gendlich, Kreischa

Fleisch- und Wurstwaren Reinhard Kirstenpfad

Lederwaren - Polstermöbel

Praitzschwitz, Lebensmittelhandlung

Gasthof Praitzschwitz, Jeden Sonntag keine Ballmusik

Lockwitz, Damen- u. Herren-Frisier-Salon

Wir holen bei Theodor Reinhold Thelen

Alfred Melchner, Poststraße 116

Carl Sellert, Jakob Paul Richter

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Johannes Berthel

Selma Wähler, Hartrasse Straße 21

Haidenau

Modewarenhaus Otto Hickmann

Besucht die Lichtspiele Haidenau

Großmanns Bäckerei, Café u. Weinstuben

Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte

Fahrräder Nähmaschine, Sprechapparat

Richard Steitz, Dresdner Str. 1

Conditoren-Drogerie u. Photohaus

Arbeitskleidung / Textilwaren

Herren- und Damen-Frisier-Salon

Shuh-Zentral, ganzjährig dem Deutschen Haus

Sofas - Matratzen, Reformbetten

Biergroßhdlg. Joh. Zihang, Pirnaer Str. 19

Haidenau-Gommern, Treff

Haidenau-Großschlitz, Restaurant

Bohna, Besucht die Hirsch-Lichtspiele!

Brot- und Feinbäckerei Arthur Schäfer

Molkereiprodukte, empfiehlt Ernst Heider

Fahrradhandlung u. Reparatur

Brot- und Feinbäckerei Hermann Jäger

Haidenau Nord, Wilhelm Diederichs

Tischlerei, Möbelhandlung

Kaufhaus Weiner, Möbelstraße 18

Textil- und Modewarenhaus

Pillnitz, Herren- und Damenkleidung

Zschachwitz

Lichtspiele Zschachwitz

ALFRED STEIN, Bau- und Möbel-Fabrik

Ballaus, Gasthof Muehlitz-Zschachwitz

Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen

Textil- und Modewaren

Woll- und Kammgarnwaren

Bücherei und Kammgarnwaren

Schuh- u. Lederwaren W. O. Gubrmüller

Sofas, Matratzen, Reformbetten

Bücherei und Kammgarnwaren

Kaufhaus Dietrich, All-Kleinzschachwitz

Kurt Dittes, Peterwälder Landstr. 120

Charlotte Röscher, Peterwälder Landstr. 15

Gebrüder H. Fiedler, Kurt Ullmanns

Niederschlitz, Wichtig für Vegetarier und alle

Carl- u. Hildegard, Schulstr. 1

Hermann Wehler Co., Niederschlitz

Edelgeschlitz Würzener

Zentral-Drogerie - Kioske

Drogerie am Lockwitzbach

Spezial-Haus, Max Schreyer

Zschieren

Woll-, Weiß- u. Feinbäckerei

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Woll- und Kammgarnwaren

Die Hauptresolution des Oppositionskongresses

Einstimmig angenommen auf dem Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 1. Dezember 1929

L Kampf gegen den Young-Plan — Für die Diktatur des Proletariats

Der Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands ruft die gesamte Arbeiterklasse zum Kampf gegen den imperialistischen Young-Plan, der durch die jährliche Veranschlagung von mehr als 2 Milliarden Mark Reparationszahlungen eine ungeheure Belastung der arbeitenden Massen darstellt. Der Kongress ruft zum entscheidenden Kampf sowohl gegen die Regierungsparteien, insbesondere die Sozialdemokratie, die den räuberischen Young-Plan zum Schaden des deutschen Proletariats abgeschlossen und unterzeichnet hat, als auch gegen die falsche Front der Eugenbergs und Hitler, die unter dem beschämlichen Vorwand eines Kampfes gegen den Young-Plan in Wirklichkeit die Arbeiterklasse genau so verblenden und ausbeuten wie die Young-Parteien.

Der Young-Plan kann niemals auf kapitalistische, sondern nur auf proletarische, auf revolutionäre Weise besiegt werden. Nur die Wachtstellung der Arbeiterklasse, der Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Diktatur des Proletariats, die Errichtung Sowjetdeutschlands vermag gleichzeitig mit der Nationalisierung aller Produktionsmittel auch sämtliche Tributabgaben an das ausländische Finanzkapital zu annullieren, so wie das Proletariat in der Sowjetunion mit einem Schlag alle kapitalistischen Auslandsschulden in der Höhe von 30 Milliarden Goldmark für null und nichtig erklärte.

Der Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zeigt vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt die grandiosen Errungenschaften der proletarischen Diktatur (Erhöhung des Reallohnes um 71 Prozent, vollständige Durchführung des Siebenstundentages und der vierstündigen Arbeitswoche, radikale Verbesserung in den Fragen des Urlaubs, der Sozialversicherung, Militärausgaben für neue Arbeiterwohnungen, Beseitigung der gefährlichen Arbeitslosigkeit innerhalb von fünf Jahren, Verwandlung der Sowjetunion in ein sozialistisches Industrieland, Kollektivierung der Landwirtschaft, beispielhafte kultureller Aufstieg aller Vorkämpfer).

II Die neue Nationalisierungswelle und die Verelendung der Massen

Die Durchführung des Young-Planes durch die imperialistisch-imperialistischen Mächte in Deutschland bedeutet nach außen die Vorbereitung neuer mörderischer Kriege um die Eroberung neuer Absatzmärkte, die Organisierung des Internationalen Kampfes gegen die imperialistische Sowjetunion und nach innen die Eröffnung eines verstärkten, unerbittlichen Kampfes gegen die Lebensbedrückung der arbeitenden Massen. Die Konzentration der deutschen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt soll durch weitere radikalste Nationalisierungsmaßnahmen und durch die Senkung der Konjunktion der beiden Wälder herbeigeführt werden, um durch die verstärkte Ausbeutung der Proletariate zu erhöhen.

Die zweite Nationalisierungswelle äußert sich in unheimlichen Währungsveränderungen, im Raub der Gewerkschaftsunterstützung, im Angriff auf alle sozialpolitischen Einrichtungen, in der zehnfachen Steigerung der Arbeitsintensität, mangelhafter Beschäftigung, in der Senkung der Löhne durch unmittelbare Lohnübernahme und durch die Steigerung der Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse, in der Einführung neuer drückender Steuerlasten (Kopfsteuer, Biersteuer, Tabaksteuer, Zehndolchsteuer und anderer Steuern von Hülfsdingen), in der jähen Erhöhung der Mietpreise, in dem sich in diesem Tempo weiter vollziehenden Konzentrationsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt fortgesetzt und wird in den nächsten Monaten den schrecklichen Umfang von 2 bis 3 Millionen, dazu eine wachsende Arme von heimischen Gewerkschaften, erreichen. Dabei tritt das Übergewicht der erwerbsfähigen Arbeiter und der erwerbsfähigen jugendlichen Arbeiter sehr stark in den Vordergrund, was die Umwälzung in den Betrieben zur Einbeziehung weiblicher Arbeitskräfte mitbedingte.

Das Tempo des laufenden Bankrotts wird beschleunigt, die sonstigen Methoden zur Arbeitslosenbeseitigung werden verschärft (Prämienwesen, Abkündigung des Kündigungsrechts durch das Prämienwesen, Verwendung von besonders leistungsfähigen und gefügigen Arbeitern als Vertreter zur Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung usw. usw.). In immer größerer Anzahl sind die Fälle zu verzeichnen, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem Druck der struppeligen Ausbeutung in den Betrieben gesundheitlich zusammenbrechen, das durchschnittliche Lebens-

III Sozialfaschismus und Faschismus

Dieser unerhörte Druck auf die proletarischen Massen und die revolutionäre Tätigkeit der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition führen zu einer Steigerung des Kampfeswillens der Massen gegen das kapitalistische Raubregime. Angesichts der allgemeinen Radikalisierung der proletarischen Massen, der wachsenden Tendenz zur Organisierung der revolutionären Kräfte und zur Steigerung der Kampfeswillen gegen die Unternehmerrasserie sucht die Bourgeoisie unter Anwendung der äußersten und gewalttätigsten Maßnahmen die aufstrebende Massenbewegung niederzuschlagen. Sozialfaschismus und Faschismus sind zwei getrennte Bewegungen, die immer enger miteinander vermischt und sich das gleiche Ziel stellen: die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen und die revolutionäre Bewegung zu vernichten.

Der Sozialfaschismus ist das geeignete und schärfste Werkzeug der Bourgeoisie und damit der gefährlichste Feind des Proletariats, besonders wenn er sich einer „linken“ Phrasologie bedient. Gestützt auf eine Schicht vollständig korrupter, mit dem kapitalistischen Wirtschaftsapparat vermischter arbeitervogelartiger Elemente richtet die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie ihre ganze Kraft darauf, gegen die zum Kampf dringenden Massen mit aller Brutalität aufzutreten, durch sozialdemokratische Polizeipräventive mit Waffengewalt zu verhindern oder ausgepöbelte Arbeiter niederzuschlagen und sich als ausgesprochene Streikbrecherorganisation zu betätigen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie beteiligt die letzten Reste der Demokratie in den Verbänden und richtet ein brutales Diktatorregiment auf. Das Koalitionsrecht wird durch die kapitalistische Verhaftung der freien, öffentlichen und kirchlichen Gewerkschaften für die revolutionäre Arbeiterklasse beseitigt. Der Kampf um ein wirkliches Koalitions- und Streikrecht muß mit aller Radikalität aufgegeben werden.

Die sozialfaschistische Entwidlung der Gewerkschaftsbürokratie führt dazu, daß die von den Klassenfeinden des Proletariats — Unternehmer, Schlichter und Gewerkschaftsbürokratie — betriebenen sozialistischen Taktik zum Werkzeug der reaktionären Ausbeuterwürde werden, die mit Polizei, Klassenjustiz und Streikbrecherorganisationen den Massen aufgezogen werden sollen. Rein fasschistisch-proletarisch darf sich ihnen unterordnen. Im Gegenteil, die Arbeiterklasse muß ihre Heilung suchen. Die mit dem Unternehmen verbundene Gewerkschaftsbürokratie hat kein Recht zur Abschließung der Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen der proletarischen Massen. Die Festlegung der Arbeitsbedingungen ist allein die Aufgabe der von den kämpfenden Arbeitern selbst gewählten Kampfleitungen.

Zugleich mit dem Sozialfaschismus, dessen Einfluß in wichtigen Industriegebieten infolge der Aktivität der revolutionären Kräfte zurückgeht, fördert und schützt die Bourgeoisie die faschistische Bewegung, Faschismus, das ist der bewaffnete, terroristische Kampf zur Ausrottung der Arbeiterbewegung, zur blutigen Erstickung des proletarischen Klassenkampfes, zur Errichtung der faschistischen Diktatur nach italienischem Muster. Zur Schöpfung einer aktiven faschistischen Schutzwache, besonders zur Entfesselung des großen Betriebsfaschismus, verwenden die Unternehmer große finanzielle Mittel und gestatten den nationalfaschistischen Banditen sogar eine äußerst „stabiler“ demagogische Agitation gegen den Kapitalismus. Die letzten Kommunalwahlen haben erneut bewiesen, daß überall, wo die revolutionäre Opposition in ungenügender Weise die Führung der proletarischen Massen an sich riß, und der Kampf gegen den Sozialfaschismus nicht oder schwach geführt wurde, der Einfluß der Faschisten auf die Arbeiterklasse größer geworden ist. Der wichtigste Kampf gegen den Faschismus besteht infolgedessen darin, daß die revolutionäre Opposition unter Führung der kommunistischen Partei aus eigener Initiative den Angriffskampf der Massen gegen die kapitalistische Unterdrückung organisiert, die Leitung der Streikbewegungen in die eigenen Hände nimmt und durch eine entschlossene Massenoffensive mit Hilfe der zu gründenden antifaschistischen Kampfgruppen die faschistische Gefahr zu Boden schlägt und die Faschisten aus den Betrieben vertreibt.

IV
Der Kampf der Arbeiterklasse

Die allgemeine Radikalisierung der Arbeitermassen kam im letzten Jahr, nach der aufstrebenden Welle von Streikbewegungen des Jahres 1928, noch einmal in den politischen Streikbewegungen am 1. Mai, 1. August und 30. September zum Ausdruck. Diese ihrem Umfang nach geringeren Streikbewegungen haben eine große politische Bedeutung als die ersten Anzeichen für das Aufkommen proletarischer Massen gegen den politischen Unterdrückungsprozeß der Bourgeoisie. Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 zahlreich aufstrebenden betrieblichen Kämpfe und Streikbewegungen haben eine große politische Bedeutung als die ersten aktiven Bewegungen des Willens der proletarischen Massen, ge-

alter der arbeitenden Bevölkerung geht immer mehr zurück; die Krankheits- und Unfallziffern steigen. Das gesamte Lebensniveau der Massen wird herabgesetzt. Selbst der Bundesvorstand des DGB muß in seinem Jahresbericht für 1928 die Herabsetzung des Reallohnes angeben.

Die geringe Gewerkschaftsunterstützung wurde weiter herabgesetzt. Hunderttausende Gewerkschaften wurden überhaupt von jeder Unterstützung ausgeschlossen. Die Gewerkschaften werden zu Kollisionsarbeiten zu zähnen gezwungen, die weit unter den jährlichen Tariflöhnen bezahlt werden. Der Angriff auf die Gewerkschaftsunterstützung soll die Kampfeskraft der proletarischen Klasse durch die Steigerung der Konkurrenz unter den Arbeitern vermindern.

Nach dem erfolglosen Abbau der Arbeitslosenunterstützung ist die Bourgeoisie bereits zu neuen scharfen Angriffen auf weiteren Gebieten der Sozialpolitik übergegangen.

Abbau der Krankenunterstützung, Einschränkung der Invaliden- und Altersversorgung.

Stärkter Abbau der Kriegsopferversorgung.

Abbau der Wohlfahrtsfürsorge, Beseitigung des Mieterschutzes, Erhöhung der Mieten.

Das sind die nächsten Ziele der sozialen Reaktion.

V Die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Der Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition ruft angesichts dieser Situation die proletarischen Massen auf, sich zum Kampf für folgende Forderungen zu formieren:

1. Für die revolutionäre einheitliche Kampfesfront der proletarischen Massen, Organisierte und Unorganisierte, Männer und Frauen, Erwachsene und Jugendliche, Arbeitende und Gewerkslose!
2. Gegen die kapitalistische Nationalisierung!
3. Für den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Woche!
4. Für die Erhöhung der Löhne!
5. Für die Forderungen der proletarischen Frauen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
6. Für Sechsstundentag, Lohnerhöhung und volle Gleichberechtigung der Jungarbeiter im Betrieb!
7. Für die Beseitigung des Prämienwesens!
8. Für das Koalitions- und Streikrecht!
9. Für mehr Rechte der Arbeiter in den Betrieben! Gegen die Ausnahmewege (Ermahnungsordnung, Dienstreue der Eltern, Fleiß- und Wasserwerke usw.)!
10. Brot und Arbeit für die Gewerkslosen! Engste Kampfgemeinschaft zwischen Betriebsarbeitern und Gewerkslosen!
11. Für ein einheitliches soziales Versorgungswesen mit ausreichenden Unterführungen bzw. Renten auf Kosten der Unternehmer!
12. Gegen die Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie! Gegen die arbeitervogelartige Betätigung der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre!
13. Für den Sturz der revolutionären Betriebsräte und Betriebsräte!
14. Für die Verteilung aller faschistischen Elemente aus den Betrieben!
15. Für die Verteidigung der Sowjetunion gegen alle imperialistischen Angriffe!
16. Für die Zerreißung des Young-Planes!
17. Für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus!

VI
Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Führung von Kampfbewegungen

Die Organisierung der proletarischen Kampfbewegungen erfordert die Sammlung aller Arbeiter in den Betrieben zur Herbeiführung der einheitlichen Kampfesfront zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern. Die größte Gefährdung der Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist notwendig im Interesse der Auslösung und Durchführung von Streikbewegungen für die proletarischen Forderungen. Die revolutionäre Opposition muß ihre Anhänger entsprechend der Struktur der Gewerkschaften auf der Basis der Betriebe und Arbeitsnennungen einheitlich zusammenfassen und überall die sofortige Wahl von revolutionären Betriebsvertrauensleuten und Gewerkschaftsausschüssen organisieren. Ebenso wie der Betrieb und der Arbeitsnennungen sind die Gewerkschaftsverbände für jeden revolutionären Arbeiter die Arena zum Kampf gegen den Sozialfaschismus und zur revolutionären Unterstützung der proletarischen Massen. Der Verzicht auf den internistischen Kampf gegen die sozialfaschistische Bürokratie in den Gewerkschaftsverbänden ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine ernsthafte Arbeit zur Mobilisierung und zum Kampf gegen das Unternehmertum. Über aus den Gewerkschaften herauszulassen oder sich passiv verhalten, der hilft den Sozialfaschisten, die Arbeitermassen irrezuführen und zu zerlegen. Die Ausschluß- und Spaltungsmassnahmen der Gewerkschaftsbürokratie müssen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch ihre Tätigkeit in den Betrieben und Gewerkschaften für die Einheit der proletarischen Massen und ihrer Gewerkschaften auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes beantwortet werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Einbeziehung der Millionen von weiblichen und jugendlichen Arbeiter in die gesamte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Der Zusammenbruch der aktiven Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß durch die Revolution der proletarischen Demokratie durch die in den Betrieben und auf den Arbeitsnennungen gewählten Delegierten auf der Grundlage der Reichsliste der DGB und des ersten Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorgenommen werden.

Die Durchführung dieser Maßnahmen erfordert die Aufbringung großer finanzieller Mittel, die durch den intensiven Vertrieb der Werten für den Agitationsfonds der revolutionären Opposition an alle Arbeiter in den Gewerkschaften, Betrieben und auf den Arbeitsnennungen gesammelt werden sollen.

VII.
Note Gewerkschafts-Internationale und Komintern

Der Kongress bringt die enge Verbundenheit der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und ihre brüderliche Sympathie mit der Roten Gewerkschafts-Internationale zum Ausdruck, die als einzige Weltorganisation des revolutionären Gewerkschaftskampfes unter Führung der Kommunistischen Internationale in der Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Ausbeutung und jeder Unterdrückung hilft.

Der Kongress ruft alle Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf, ihre Arbeit im Sinne der Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-Internationale durchzuführen.

VIII.
Mängel und Schwächen unserer Arbeit

Die großen Aufgaben, die vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen, können nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn alle Anhänger der revolutionären Opposition die Erfahrungen und Lehren der Wirtschaftskämpfe verwerten und ihre eigene Tätigkeit einer offenen und scharfen Selbstkritik unterziehen. Die wichtigsten Mängel und Schwächen, die sich im Verlauf der letzten Bewegungen zeigten und deren entschlossene Beseitigung die Voraussetzung zur Hebung der Kampfkraft der proletarischen Massen ist, sind folgende:

1. Unterschätzung der allgemeinen Verschärfung der Klassengegensätze, der sozialfaschistischen Streikbrecherelle der Gewerkschaftsbürokratie und der in schnellstem Tempo wachsenden faschistischen Entwicklung.
2. Zweifel zahlreicher Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition an der Richtigkeit und Durchführbarkeit der auf die selbständige Organisation der Arbeiterkämpfe gerichteten Politik der Roten Gewerkschafts-Internationale. Unglaube an die Erfolgsmöglichkeiten von Teilkämpfen und daher Zurück vor der Aufnahme solcher Kämpfe.
3. Verkennung des revolutionären Charakters der Kämpfe um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit in der jetzigen Phase der Entwicklung. Passivität bei der Entfesselung der Solidaritätsbewegungen für die kämpfenden Arbeiter, Zurück vor der Einleitung von betrieblichen Bewegungen. Abhängigmachung der Aufnahme eines Streikkampfes von der vorherigen Sicherstellung der materiellen Unterstützung.
4. Gewerkschaftsorganisationspolitische Tendenzen, Zurück vor den Ausnahmemaßnahmen der sozialfaschistischen Bürokratie, Zurückweichen vor dem Kampf mit der Gewerkschaftsbürokratie in den freien Verbänden.
5. Unverständlichkeit für die große Bedeutung der neuen Organisationsformen (revolutionäre Vertrauensleute, rote Betriebsräte, Kampfleitungen, Delegiertenkonferenzen usw.) zur Massenmobilisierung und zur Auslösung der Kämpfe.
6. Ungenügende Tätigkeit der Leitungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die sich zum großen Teil auf die Kritik der sozialfaschistischen Behörden, anstatt in erster Linie eine zielbewusste Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung der Arbeiterkämpfe in ihrer Industriegruppe zu leisten.
7. Mangelhafte Tatkraft der revolutionären Betriebsräte, ihrer ungenügende Verbindung zu den Massen der Betriebsbelegschaft (politische Behandlung der gesamten Betriebsräteaktivität, keine enge Arbeit zur Mobilisierung der Massen und Wahl der revolutionären Vertrauensmänner in den Betrieben, kein aktiver Widerstand gegen die Maßregelungen, Entlassungen, gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Unternehmer, sondern Beschränkung auf Klagen beim Arbeitsgericht usw., keine genügende Arbeit zur Aufbietung der Massenolidarität zum Schutze der revolutionären Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre). Unangenehme Abgrenzung der revolutionären Betriebsräte von den reformistischen-sozialfaschistischen Betriebsratsmitgliedern, ungenügende Beachtung der Interessen des weiblichen und jugendlichen Proletariats.
8. Ungenügende und schlechte Arbeit der Oppositionsgruppen in den Gewerkschaftsverbänden, keine zielbewusste Vorbereitung der Gewerkschaftsveranstaltungen, Zurückweichen oder Untätigkeit gegenüber der sozialfaschistischen Bürokratie, keine genügende Verbindung der oppositionellen Arbeit in den Gewerkschaften mit der Organisation von Kämpfen. Ebenfalls schädlich und gefährlich wie das feige Zurückweichen vor dem Kampf mit der sozialfaschistischen Bürokratie ist die schleinwidrige Propaganda für die sofortige Gründung von „neuen Gewerkschaften“, die nur darauf hinauszielen, Millionen organisierter Arbeiter dem Einfluß des Sozialfaschismus zu überlassen und die revolutionäre Opposition in fektiererischer Weise von diesen Millionenmassen abzuspalten.
9. Unzureichende Initiative bei der Durchführung der Wahl revolutionärer Betriebsbelegte. Ungenügende Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, keine rechtzeitige Bildung von Wahlaußschüssen, keine umfassende und rechtzeitige Massenmobilisierung bei der Auffstellung der roten Kandidaten.
10. Mangelhafte Verbindung zwischen den revolutionären Betriebsräte- und Erwerbslosenaktivisten, geringe Aktivität bei der Herausgabe von eigenem Material, Betriebszeitungen usw., ungenügende Organisation des Betriebs der revolutionären Gewerkschaftsopposition.
11. Keine Konzentration der Leistungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf die Herstellung der einheitlichen Front der organisierten und unorganisierten Arbeiter, mangelhafte Berücksichtigung breiterer, äußerst wichtiger Schichten der Arbeiterklasse, wie der Arbeiterinnen, der Jungarbeiter, der Landarbeiter, Angestellten und Beamten.

Die Beseitigung dieser Mängel ist nur dann möglich, wenn die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition sowohl gegen die rechten Liquidatoren und gegen das feige Verfallertum, als auch gegen die fektiererischen „linken“ Anschauungen einen erbarmungslosen Kampf führen.

IX.
Der Kampf gegen Renegatentum und Sektierertum

Der Kongress brandmarkt die rechte, opportunistische Gruppe Brandler, Wolfer, Enderle, die im Dienste der Gewerkschaftsbürokratie unter der faschistischen Fahne der Unterjüngung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Wirklichkeit eine schändliche Renegatentat im Dienste der sozialfaschistischen Bürokratie spielt. Die Anhänger der Gruppe Brandler, Wolfer, Enderle, die sich bei allen Verbandsversammlungen als Agenten der sozialfaschistischen Bürokratie betätigen, die Wahl von Kampfleitungen gegen die Maßnahmen zur selbständigen Organisation der Wirtschaftskämpfe zu hindern suchen und die unorganisierten Arbeitermassen zur Verwirrung der Arbeitermassen betätigen, deren Unterdrückungs- und Streikbruchpolitik

Manifest an die arbeitende Jugend Deutschlands

Der Reichkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat einstimmig folgendes Manifest an die arbeitende Jugend Deutschlands beschlossen:

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Der Reichkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition, beauftragt von über 1000 erwachsenen und jugendlichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches, aus den Betrieben, Gewerkschaften, von den Stempelstellen, richtet an euch alle in diesem Moment des verheerenden Kampfes der Bourgeoisie, der drohenden Kriegsjahre gegen die Sowjetunion, der wachsenden Gefahr des Faschismus, des sozialfaschistischen Streikbruchs und der Spaltung der Gewerkschaften, einheitlich und geschlossen mit den erwachsenen Arbeitern unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, in den Betrieben, Berufs- und Stempelstellen für folgende Forderungen zu kämpfen.

1. Für die einheitliche Kampffront der proletarischen Massen, Organisierte und Unorganisierte, Männer und Frauen, Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, Lehrlinge, Berufsschüler und Arbeiterkinder, Arbeitende und Erwerbslose.
2. Für Sechsstundentag und vier Wochen Urlaub für alle Jugendlichen, für Erhöhung der Löhne, gleichen Lohn für männliche und weibliche Arbeiter. Volle Gleichberechtigung im Betrieb. Aktives und passives Wahlrecht bei den Betriebsräteahlen. Volles Parteimitglieds- und Streikrecht für alle Lehrlinge und Jungarbeiter.
3. Für Bezahlung der Berufsschulzeit, Bezahlung in die Arbeitszeit, freie schulische Weiterbildung aller Vermittelte. Für die Anerkennung der Schulvertrauensleute.
4. Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung für alle jugendlichen Erwerbslosen. Für Beilegung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes.
5. Gegen Kinderarbeit und Heranziehung der Kinder zur Streikbrecherarbeit. Für die Heranziehung der Kinder in die Wirtschaftskämpfe der erwachsenen Arbeiterklasse unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.
6. Gegen die Ausschließung und Spaltungsmassnahmen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie in den Gewerkschaften und Jugendlektionen.

7. Für die Bekämpfung der Faschisten aus den Betrieben, Bildung antifaschistischer Jugendklassen in den Betrieben zum Schutze der revolutionären Jugendvertrauensleute und bei Kämpfen Abhaltung der Streikbrecher.
8. Gegen die Offensiv der Bourgeoisie. Zerreiße die Fesseln des Young-Plans, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg, für ein Sozialdeutschland, für die Diktatur des Proletariats.

Vorwärts zum Kampfe!

Wählt Jugendvertrauensleute in den Betrieben, Berufs- und Stempelstellen. Organisiert die Zusammenkunft des Kongresses durch Bezirkskongresse der Arbeiterjugend. Erhaltet Bericht vom Kongress in allen Betrieben, Berufs- und Stempelstellen.

Entschliessung

zur Vorbereitung des 5. KGB-Kongresses.

Der Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat in seiner Hauptentscheidung zum Ausdruck gebracht, daß er sich auf das Engste verbunden fühlt mit der Roten Gewerkschafts-Internationale. Er erklart in der KGB, die einzige internationale Gewerkschaftsorganisation, die in der Theorie und Praxis entsprechend den Lehren von Marx und Lenin die Arbeiterklasse durch stoffe Organisation und Disziplinierung zum revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie mit dem Ziel des Sturzes des Kapitalismus führt. Die von der KGB gefassten Beschlüsse, insbesondere die auf dem 4. Kongress beschlossene Verbindung in der Strategie und Taktik gegenüber den Anhängern des Anarchistischen Gewerkschaftsbundes zeigen der internationalen Arbeiterklasse den Weg, der einzig und allein den Sieg über die Kapitalistenklasse und den Reformismus verbürgt. Mit dem Ergebnis, diese Beschlüsse mit größter Energie zu verwirklichen und den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Faschismus, die sozialfaschistischen Führer mit aller Konsequenz fortzusetzen, begrüßt der Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands die Einberufung des 5. Kongresses der KGB, zum Juli 1930 und verpflichtet sich, alle Kräfte der deutschen Arbeiterklasse für diesen Kongress zu mobilisieren und die Vorarbeiten hierzu sofort in Angriff zu nehmen.

aktiv unterstützen, haben längst die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung verlassen. Für die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition kann es kein Zusammengehen mit dem Feinde des Proletariats geben, sondern es gilt, gegen sie zur Wirkungsbekämpfung ihrer schändlichen, gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gerichteten Verleumdungskampagne den raschsten Kampf zu führen.

Auch die seit dem Jahre 1924 bestehenden Organisationen der Berliner Bauarbeiter (Kaiser-Verband) und der Berliner Bekleidungsarbeiter (Schmuck) usw. führen einen heftigen Kampf gegen die revolutionäre Gewerkschafts-Internationale. Die Führer dieser Organisationen, denen zahlreiche gute revolutionäre Arbeiter angehören, lehnen — ebenso wie die revolutionären Arbeiter — die selbständige Führung der Arbeiterkämpfe durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Wahl von Kampfleitungen und Betriebsvertrauensleuten ab. Weder der Industrieverband für das Baugewerbe, noch der Bekleidungsindustrieverband haben ernsthafte Anstrengungen gemacht, die Kämpfe ihrer Berufsgruppen zu organisieren, während sie gleichzeitig jede revolutionäre Arbeit in den freigewerkschaftlichen Organisationen zur Gewinnung der dort vereinigten Arbeiter ablehnen.

Der Reichkongress ruft die Mitglieder dieser oppositionellen Verbände auf, mit aller Kraft in ihrer Organisation für die Anerkennung der Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-Internationale zu kämpfen und auf diesem Wege die in diesen Organisationen vereinigten Arbeiter in die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung einzugliedern.

X.

Die Aufgaben der Ausgeschiedenen

Der Reichkongress erklärt es für notwendig, daß die durch den Terror der Bürokratie von dem KGB abgesplitterten Ortsgruppen, Branches oder Bezirksorganisationen mit aller Entschiedenheit versuchen, die Mehrheit der Arbeiter im Rahmen ihres bisherigen territorialen Arbeitsbereiches durch ihre Kräfte für sich zu gewinnen. Die abgesplitterten Verbände müssen im Rahmen der gesamten revolutionären Gewerkschaftsbewegung den einschneidenden Kampf für die Mitgliederrechte und die proletarische Demokratie in den freien Gewerkschaften führen und die Tätigkeit der Opposition, die Führung aller proletarischen Kämpfe rückhaltlos unterstützen.

Der Reichkongress der revolutionären Opposition betont ausdrücklich, daß die Ausschließung und Spaltungsmassnahmen der sozialfaschistischen Bürokratie unter keinen Umständen die rückhaltlose Fortsetzung und Steigerung der revolutionären Oppositionsarbeit innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen verhindern wird. Die ausgeschlossenen Anhänger der revolutionären Opposition müssen ihre Tätigkeit in den Betrieben und in der Oppositionsbewegung verdoppeln und verdreifachen. Die Läden, die in den Reihen der Oppositionsgruppen der einzelnen Verbände durch die Ausschließung entstanden, müssen durch Eintritt neuer revolutionärer Arbeiter ausgefüllt werden. Nur im Rahmen der gesamten revolutionären Oppositionsbewegung ist es auch für die abgesplitterten Verbände möglich, eine wirkliche Klassenkampfpolitik zu führen und das Verfallertum im Sektierertum zu verhindern.

XI.

Die nächsten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen für die nächsten Monate folgende unmittelbare Aufgaben:

1. Selbständige, tatkräftige Vorbereitung, Auslösung und Durchführung des außerbetrieblichen Kampfes um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Systematische Vorbereitung der Tarifbewegungen, die im kommenden Frühjahr in Aussicht stehen, Organisation der Streikaktionen.
2. Kühne, entschlossene Organisation des Kampfes der erwerbslosen Massen in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsarbeitern unter den Vorzeichen des Sechstundentages, der Verweigerung aller Nebenstunden, der Entämpfung von Brot und Arbeit, von ausreißender Unterdrückung und weitgehenden Wirtschaftskämpfen für die Erwerbslosen.
3. Entschlossene Durchführung der bisher ungetragenden

Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb des KGB, und der anderen Gewerkschaftsorganisationen durch stoffe Kraftanstrengung bei der Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Ortsverwaltungsarbeiten und der Neuwahlen von Betriebsfunktionären, Verrechnung der Arbeit innerhalb des KGB, Aufbau und Festigung der oppositionellen Gruppen in allen Betrieben, Massenmobilisierung der Arbeiterklasse in den Betrieben, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Die gesamte oppositionelle Gewerkschaftsarbeit unter dem Gesichtspunkt der Organisation der Arbeitermassen zum Kampf für ihre Interessen.

1. Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen in Vorbereitung mit den besonderen Richtlinien des Reichskongresses zu dieser Frage. (In Klammern Hauptmomente anführen.)

2. Organisation von Arbeitskämpfen und Streiks in den Betrieben gegen das System der kapitalistischen Rationalisierung, die Antriebsmethoden, die Verwahrlosung von Leben und Gesundheit der Arbeiterklasse durch Behartheit, Prämienwesen, Überstunden usw.

3. Ausschließung der Faschisten gegen den Betriebsfaschismus, die nationalsozialistischen Unternehmerkinder, Vertreibung der Faschisten, Aufbau einer Betriebsgruppe der antifaschistischen Betriebsorganisation in jedem Betrieb unter aktiver Heranziehung der Arbeiterinnen und Jungarbeiter.

4. Weitere Einberufung von Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion, die von der gesamten Betriebsdelegation gewählt werden, Planmäßige Fortentwicklung der jeden zurückgekehrten Arbeiterdelegation in den wichtigsten Betrieben Deutschlands.

5. Stärkung aller Formen der Verbindung und des Bündnisses der deutschen Arbeiterklasse mit dem siegreichen Proletariat der Sowjetunion. Großzügige Organisation des internationalen revolutionären Wettbewerbes zwischen den Gewerkschaften von deutschen Betrieben und Sowjetbetrieben. Systematische Propaganda für die Unterbrechung des Aufbaus des Sozialismus und für die siegreiche Durchführung des Fünfjahresplans.

6. Verstärkte Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition in allen Abfertigungsbetrieben und solchen Betrieben, die auf Kriegsgüter, Textil, Wäpfer usw. werden können. (Metall, Chemie, Transport, Textil, Wäpfer usw.)

7. Aufbietung der stärksten Kräfte zur Ersaffung und Reorganisation der Arbeiterinnen und der Jungarbeiter, Einberufung dieser am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Schichten in die vorbereiteten Kampfaktionen der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

8. Ausweitung der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf jene Teile des Proletariats, die nicht zur Industriearbeiterklasse gehören und bisher viel zu wenig durch die revolutionäre Arbeit erfasst wurden: den Millionen Angehörigen und Beamten, die auf Grund ihrer Traditionen ein besonders günstiges Rekrutierungsfeld für den Faschismus bilden.

9. Es gilt unter den 2 1/2 Millionen Landarbeitern, die ein bedeutender Faktor im revolutionären Klassenkampf sind, die Arbeit der revolutionären Opposition um ein Vielfaches zu steigern. Die revolutionäre Mobilisierung der Landarbeiter durch die revolutionäre Opposition bedeutet den wirksamsten Kampf gegen den Faschismus.

10. Steigerung der inneren Organisations- und Erziehungsarbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Durchführung einer umfassenden Schulungstätigkeit, Aufbau einer starken revolutionären Gewerkschaftspressen mit einer Auflage von 300 000 und sonstiger Propagandamittel.

11. Vorbereitung des 5. KGB-Kongresses durch Heftige Massenpropaganda und Wahl von zahlreichen Delegierten. Die Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgaben ist die vielfache Steigerung der Tätigkeit der Anhänger der revolutionären Opposition in den Betrieben, die wirkliche Organisation der oppositionellen Kräfte in jeder Gewerkschaft, jeder Betriebsabteilung, auf jedem Arbeitsniveaus, die Wahl energiegeladener und zielbewusster Leitungen und die gewissenhafte Ausführung finanzieller Mittel und Aufstellung konkreter Aufgaben für jeden Bezirk, jede Industriegruppe und jeden Gewerkschaftsverband.

In die Arbeit!

Freital-Poitschappel

Schuhhaus Grabe
Verkaufsstelle für
Schuhwaren der Firma
L. Neustadt
Dresden-A. Borsbergstr. 21
Freital: Unt. Dresdner Str. 98

Stahlwaren, Schleiferei
Spezialgeschäft F. Richter
Untere Dresdner Straße 70

Carl Paul
Inh.: Walter Boer
Untere Dresdner Straße 56
Manufaktur- und
Modewaren

Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte
Louis Köhler
Untere Dresdner Straße 62

Hnulik
Das führende
Herren-Moden-Haus
7/1, Rabatt / gegenüber d. Holzmühle

Stell- und Werkwaren
Mag. J. Köhler, Leipziger Straße 6

Web- u. Felle - Därme
Julius Arnold
Untere Dresdner Straße 94

Freital-Zauderode

Mag. Köhler, Kolonialwaren, Spielzeug,
Cigarren, Kuchentorten, Kuchen, Wollwaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Werkwaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Glückauf-Schänke
3428

Molkerei Walther
3426

Schul- und Büchereien
Richard Müller, Bergstraße 10

Handschneiderei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 187

Fahrrad- und Motorradhandlung
Richard Köhler, Wollwaren Str. 77

Linoleum und Wachstuche, Wohn-
wachs, Napf und Napf-
Deck- und Gardinhaus „Empressa“

Restaurant und eigene K. K. K.
Mag. Köhler
Wollwaren Str. 100a

Stell- und Werkwaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 112

Freital-Burgk

Tafelkaffee im Reichsbank
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 100a

Kurt Knobloch, Burgker Str. 44
Zigaretten- Zigaretten- u. Tabak-Spezialgeschäft
am Hofhaus

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 8

Rabenau

Restaurant Bangerberg, Hauptstr. 2, jeden
Sonntag Unterhaltungsprogramm,
Tel.: 3428

Paul Wiegand, Übermarchen, Lager in
Lützen, Geb.- u. sp. Waren, Rabenau i. G.

Walter Köhler - täglich frische Milch,
Butter, Eier, Quark - Spes.: Rabenau i. G.

G. C. Hamann, Inh. Alfred Hamann
Textilwaren
Hauptstraße 19

H. Köhler, Stell- und Werkwaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Weißig b. Freital

Café, Bäckerei, Konditorei
Willy Walther
3380

Gasthof „Zur Erholung“
Jeden Sonntag feiner Ball
Verkehrskafel der Arbeiterschaft

Delze
Herrenartikel
Schirme
S. Lorenz
Am Markt 1
3350

Kolonialwaren, Feinstoff
Bruno Schubert
Schulstraße, Ecke Marktstraße

Mobilbilderei Curt Erling
Untere Dresdner Straße 101

Lebensmittel
Hellmuth Pitz
vordam Sorge
Untere Dresdner Straße 60
6 Prozent 6 Prozent

Stell- und Feinbäckerei
H. Köhler, Schulstraße 1

Herrenkleidung, Hüte, Hüte, Hüte
Ditta Köhler, Gutenbergstraße 1

Vorteilhafte Einkaufsquelle
Kolonialwaren, Feinstoff, Spielzeug,
Cigarren, Kuchentorten, Kuchen, Wollwaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Uhren, Goldwaren, Sprechapparate,
Schallplatten, Gerhard Köhler,
Untere Dresdner Straße 81

Freital-Deuben

Kaufhaus Fortuna
Obere Dresdner Straße 111
Größtes Spezialgeschäft für Damen-,
Herren- und Kinderbekleidung
Mitglied des Handelsvereins

Kart. Köhler, an der Wollwaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Kolonialwaren, Cigarren,
Kuchentorten, Kuchen, Wollwaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Gansauge
Manufaktur- und Modewaren, Herren-, Damen-
und Kinderkleidung, Linoleum, Schuhwaren,
Gardinen, Bettfedern - Hauptstraße 35

Döhlener Hof
„Zur roten Schänke“
Versammlungslokal der
Arbeiterschaft
• Jeden Sonntag feiner Ball •

Central-Apotheke
Allopathie - Homöopathie
Biochemie
Anfertigung sämtlicher Rezepte
Lieferant für alle Krankenkassen

Coßmannsdorf

B. C. Ballsäle
Coßmannsdorf
Schülerhof
Cafeteria der Straßenbahn 1 und 2

W. Weidner, Inh.: Walter Weidner
Schneid-, Weiß- und Wollwaren
Hauptstraße 3

Wollwaren und Modewaren
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

S. H. Köhler, Untere Dresdner Str. 120
Sämtliche Stoffwaren

Schmiedeberg
Stell- und Feinbäckerei, Kuchentorten,
Kuchen, Wollwaren, Hauptstraße 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Freiberg

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Tu Li
Turmhol-
Lichtspiele
Täglich
Vorstellung

B. W. Ongenien, Getränke-Industrie
Schillerstr. 15, Dresden i. G., Telefon 2227
Wollwaren, Cigarren, Kuchentorten

Radio-Fachgeschäft
Ing. G. Endler, Kesselfabrik

Trinkt einheimische Getränke
Bürgerliches Brauhaus, Freiberg
J. Piller, Böhmisches Brauhaus, Freiberg

Brand-Erbisdorf

Arbeiter, besucht die
Astoria-Lichtspiele
Am Markt

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Stell- und Feinbäckerei
Mag. Köhler, Wollwaren Str. 10

Konjunkturverein Vorwärts

Große Zwingerstraße 12/14

Dr.-Löbtau, Keißelsdorfer Straße 22
 Dr.-Leuben, Stephensonstraße 17
 Freital, Obere Dresdner Straße 104
 Coswig, Johannesstraße 23

Dr.-Neustadt, Königsbrücker Str. 38
 Dr.-Neustadt, Osterbergstraße 24/26
 Freital, Untere Dresdner Straße 40/42
 Pirna, Reitbahnstraße 3
 Freiberg, Prüferstraße 2

Dr.-Striesen, Markgraf-Heinrich-Str. 31
 Heidenau, Königstraße 32
 Radebeul, Bahnhofstraße 12
 Sebnitz, Hertzigsvalder Straße 11

Sonntag, den 8., 15. und 22. Dezember

find unsere

Warenhäuser, Manufaktur-, Konfektions- und Schuhwaren-Geschäfte

von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet

Große Auswahl in preiswerten

Weihnachts-Geschenken

Total-Ausverkauf

Wegen Auflösung unseres Geschäftes haben Sie Gelegenheit

**Damen-, Herren-, Burschen-,
Knaben- u. Mädchenbekleidung**

zum Teil **50% billiger** zu kaufen

**Birnberg & Co. Schefel-
straße 17**
 Sonntag von 11 Uhr geöffnet



**Sichern Sie sich
Spielwaren-Büchser**

Spielwaren
 Märklin-Metallbaukästen
Karl Bieber, Optiker, Pirna
 nur Gartenstr. 80, neben Postamt

**Lebensmittel
Tabate + Zigarren**
 gut und billig
 Dauswald, Pirna, Markt

Spanischer Rotwein
 voll u. dunkel, Ltr. 1,20 und 1,50
**Wold. Friedrich Nachf.,
Pirna, Markt**

Sehr schöne, helle
Cult. Rosinen
 Dauswald, Pirna, Markt
Wold. Friedrich Nachf., Pirna, Markt

Ollo Reuscher • Pirna
 Optik - Photo
 Märklin-Metallbaukästen
 Fernsprecher 921

la Sprech- apparate

Polyphon, Parlephon, Symphonik usw.
 Schallplatten, nur erste Fabrikate!
 Große Auswahl! Niedrige Preise!
 Kleine Anzahlung! Niedrige Monatsraten!
 Teilzahlung bis 12 Monate!
D. Hesse / Sprechapparate- und
 Schallplattenhandlung
 Pirna, Schuhgasse 12

Sämtliche Backwaren

zu außerst Preisen in bester Quali-
 tät, sowie Rol-, Weiß- u. Süßweine,
 Pfefferkuchen, Halberstädter Würst-
 chen, Oelsardinen u. sämtliche Fisch-
 konserven empfiehlt
H. Wiegand Nachf. Walter Helm
 Zscherschwitz, Petersw. der Landstraße Nr. 12

Weihnachts-Messe

Sonntags geöffnet von 11 bis 18 Uhr
 Bei Einkauf von 10 Mark an erhält jeder Käufer ein Los der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie gratis!
 Sonntags geöffnet von 11 bis 18 Uhr

**Albert Langer fr. E. Rohr Nachf., Pirna, Dohnasche
Straße 2**

Die Vereinbarung im Fernen Osten

Ein Erfolg der Friedenspolitik der Sowjetunion / Die Imperialisten treiben weiter zum Krieg

Moskau, 4. Dezember.

Die „Bravda“ schreibt:

Das von den Vertretern der Sowjetregierung und der Russen Regierung in Nikolsk-Ussurisk unterzeichnete Protokoll zeigt, daß zwischen diesen beiden Regierungen eine friedliche Regelung des Konfliktes, die einzig auf dem Wege dieser Verhandlungen möglich ist, anstrebt. Falls Rußland in der nächsten Zeit keine Bereitschaft erweisen wird, seinen wieder übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, so ist eine völlige Erledigung des Konfliktes an der Ostasienbahn zu erwarten. Diese Erledigung wird einen unabweisbaren Erfolg der Friedenspolitik der Sowjetunion bedeuten, zu dem ihrer erprobten und unerschütterlichen Friedensliebe und Ehrlichkeit verstanden hat, die weiteren Pläne der Politik der Sowjetunion und Chinas zu verfolgen und den Imperialisten und Angreifern, die an unheimlichen, gewalttätigen militärischen Komplikationen heranzutreten suchten, einen vernünftigen Schluß zu verlegen.

Seine imperialistischen Mächte, die offenbar auch jetzt noch die Hoffnung nicht aufgegeben haben, aus diesem Konflikt Profit zu ziehen, und die insbesondere an der Ostasienbahn ihr Schicksal setzen wollen, können sich indes damit nicht zufrieden geben. Die Deklarationen der USA, Großbritanniens und Frankreichs dokumentieren dies klar und eindeutig. Das heuchlerische Wesen der Mächte der verbotenen Mächte, die sich unermüdet Mühe um das durch gewalttätig aufgeworfene und ungelöste Verstecktes verhalten China zu betreiben, ist durch die Haltung der Sowjetregierung deutlich und überzeugend erklärt worden. Selbst die argsten Feinde der Sowjetunion können nicht bestreiten, daß die Sowjetunion der einzige unermüdete Freund des chinesischen Volkes ist, daß die Sowjetunion ihre Beziehungen zu China auch weiterhin nach wie vor auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit der Interessen aufbauen wird, und daß China in seinem Kampfe gegen die Imperialisten für die völlige nationale Befreiung vom Joch der ausländischen Gewalttäter und Unterdrücker stets in der Sowjetunion einen erprobten Freund und Verbündeten hatte und haben wird.

Es erübrigt sich, zu wiederholen, daß wir auch nicht einen Fußbreit chinesischen Bodens für uns beanspruchen, und daß es uns fern liegt, die Hoheitsrechte und die Unabhängigkeit des chinesischen Volkes auch nur im geringsten anzutasten.

Die Aktion der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs bezugt, daß die bereits begonnenen direkten Verhandlungen mit Rußland bei diesen Staaten Beifall und Mitbegehren erregten. Diese Aktion verleiht keine anderen Zwecke, als die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Rußland lahmzulegen und zu unterbinden.

Wie an der Sowjetunion ununterbrochen Angriffe und Überfälle passieren, die die friedliche Grenzüberwachung systematisch behindern, so werden die feindlichen Absichten der imperialistischen Mächte, die Sowjetunion zu unterwerfen, nicht durch die wiederholten ergebnislosen Warnungen zu Abwehrmaßnahmen greifen würde. In den sich daraus ergebenden Zusammenstößen erblinden die „Friedensliebhaber“ einen höheren Weg zu weiterer Verdärkung des Konfliktes, dessen Lösung für sie nur auf dem Wege internationaler Eingriffe denkbar war. Die konsequente Haltung des Sowjet-Volkes haben ermöglicht jener unerhörten Gewalt und Gewalttätigkeiten, denen tausende Sowjetbürger in der Sowjetunion monatlang ausgelegt waren, fern West der Weltbewegung gefunden.

Alle diese Ereignisse, die an der Grenze eine äußerst gespannte Lage schufen, haben die Ruhe dieser Staaten nicht gestört. Der Sowjet-Volk war ihrer Auffassung nach durch das provokatorische Verhalten der imperialistischen Mächte keineswegs verstimmt. Zu haben begründen sie erst, als Rußland es hat hatte, von fremden Händen ein solches Instrument mißbraucht zu werden, und als dann dem Sowjet-Volk die Möglichkeit geboten wurde, den Konflikt völlig zu erledigen und alle Umstände zu klären, die zu weiteren Komplikationen hätten führen können.

Die Aktion der USA, Großbritanniens und Frankreichs hat also mit der Sache des Friedens nichts gemein und erfolgt ganz entgegen der Absicht der Sowjetunion. Sie soll bei den Russen Generieren neue Illusionen erwecken und sie durch die Verheißung ausländischer Unterstützung rückwärts zerrren. Dieser Einseitigkeitsversuch der imperialistischen Mächte wird auf einmütigen Widerstand auch bei breiten Schichten des chinesischen Volkes stoßen, die sofortige Erledigung

des Konfliktes auf dem Wege direkter Verhandlungen mit der Sowjetunion verlangen.

Sieht man jedoch den Wandelmut der chinesischen Politiker, ihre Empfänglichkeit für ausländische Einflüsse in Betracht, so kann man sich nicht verhehlen, daß derartige „Friedenskonflikte“ manche neuen Vermittlungen bei unseren Verhandlungen mit China zur Folge haben können und daß wir wiederum die gleiche Festigkeit und Entschlossenheit zeigen und ebenso wie bisher auf jegliche Überredungen gefaßt sein müssen.

Die Sowjetunion war und bleibt ein Bollwerk des Friedens. Doch gerade um den Erfolg unserer Friedenspolitik zu sichern, müssen wir die pseudopazifistischen Machenschaften der Imperialisten nach wie vor verfolgen, um ihnen rechtzeitig eine Abfuhr zu erteilen.

Dollar-Flugzeuge für die Chinesischen Genfergenerale

III. London, 3. Dezember. Eine Flugzeugfabrik in Cong Jaland arbeitet nach Neuplaner Zeichnungen gegenwärtig mit Ueberhörschichten, um einen Auftrag der chinesischen Zentralregierung auf umgehende Lieferung von zwölf Bombenflugzeugen durchzuführen. Die besten Maschinen sind von dem gleichen Typ, der von der amerikanischen Flotte zu Aufklärungs- und Angriffswerten benutzt wird. Sechs Maschinen sind bereits nach China verschifft.

Die falschliche „Verfassungsreform“ in Oesterreich

Wien, 4. Dezember. In den Verhandlungen über die „Verfassungsreform“ wurde in der Frage des Notverordnungsrechtes die endgültige Formulierung festgelegt. Das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten wird im Einvernehmen mit einem aus den Vertretern proportional zusammengesetzten Ausschuss ausgeübt.

Die Verhandlungen über die Regelung der Schulstufe und über die Stellung Wiens gehen weiter. Fast alle Wähler sprechen von einer „hoffnungsvollen Wendung“ im Parlament. Der sozialdemokratische „Abend“ erklärt, daß man vor einer Verständigung über die endgültige Formulierung der Verfassungsreform nicht zurückweichen dürfe. Die gegenwärtigen Verhandlungen gehen bloß um die endgültigen Formulierungen.

Der Terror der jugoslawischen Militär-Diktatur

Wien, 4. Dezember. Aus Belgrad wird gemeldet: Die Regierung hat beschlossen, alle privaten Sportorganisationen des Landes aufzulösen und nur staatlich-militärische Erziehungsanstalten an ihrer Stelle zu dulden.

Dieser Beschluß richtet sich auch gegen die freiwirtschaftlichen und gegen die katholischen „Esofa“-Organisationen, die in der Regierungsordnung ausdrücklich genannt werden. Jede öffentliche Diktatur dieser Art ist verboten worden.

Mussolinis Rache für die Bauernaufstände

III. Teheran, 5. Dezember. Am Montag vermittelte sich in Teheran die Bauernkommission, um die Listen derjenigen freiwirtschaftlichen Bauern zu prüfen, die bereits öfter von den Behörden wegen ihres politischen Verhaltens ermahnt worden waren. zehn Bauern wurden für die Zeit von einem bis fünf Jahre verbannt, drei weitere erhielten strenge Rügen.

Der Sondergerichtshof zum Schutze des Staates verurteilte den Rechtsanwalt Alexander Perini zu 10 Jahren und 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren befristeter Überwachung wegen Verbreitung falscher Gerüchte, die dem Leben des Staates Abbruch taten.

Musikervohnhäuser in Sowjetrußland

Moskau, 4. Dezember. Der Rat der Volkskommisare der UdSSR beschloß, 10 Millionen Rubel für den Bau von großen Musikervohnhäusern neuen sozialistischen Typs in Moskau aufzuwenden. Der Bau soll gemäß den Vorbildern der Lebensperiode zur Förderung der vorzüglichsten Lebensführung beitragen. In den neuen Wohnhäusern werden Kinderkrippen, Schulen, Kinos, Internate, öffentliche Spielplätze, Klub und Waldkabinen eingerichtet. Wenn künftigen Anforderungen soll in jedem Hause Rechnung getragen werden.

Wer ist „Fritz Müller“?

Die unauffindbaren GKS-Vertreter auf dem Parteitag der KP Schwedens

Stockholm, 4. Dezember 1929. Die Verhandlungen des zweiten Tages erreichten ihren Höhepunkt durch die Rede eines Vertreters des GKS, die in atemberaubender Stille zum größten Staunen der Anwesenden in stichendem Schweigen gehalten wurde. Dieser russische Genosse, der sich während des monatelangen Parteikampfes die ganze Zeit in Schweden aufgeschoben hat und allen Nachforschungen der genossenschaftlichen „Ordnungsmacht“ geschickt entging, gab den gelassenen Zuhörern im knappen Zuge eine zusammenhängende Darstellung der Wirkungen des fünfjährigen Kampfes und der fortschreitenden Sozialisierung in der Sowjetunion. Diese meisterhaft aufgebaut Rede wurde mit beaufregtem, lang andoltem Beifall des ganzen Parteitagess besprochen.

Ungeheure Beifallstöße löste die Mitteilung aus, die Partei habe einen schwedischen Genossen als GKS-Vertreter festgenommen, er mußte freilich wieder zum größten Leidwesen der Partei freigelassen werden. Die Partei hatte ihn nur deswegen verhaftet, weil er ein dunkles Aussehen hat und daher verdächtig sei! Andere Genossen wurden brauchen vor dem Tagungsstapel von Kriminalisten angehalten und befragt, ob sie den Aufenthaltsort des Vertreters der KP, „Fritz Müller“ anzuzeigen könnten. Zum größten Verger der russischen Genossen gibt es aber sehr viele deutsche Genossen, die auf den Namen Müller hören, daher war es der vergrößerten Partei nicht möglich, den Genossen „Müller“ als ihren Ehrenposten einladen zu können.

Renegaten laufen überall zu den Sozialfaschisten über

Brüssel, 3. Dezember. Im Provinzialrat von Lüttich griff der Renegat Boasolin, ein ehemals kommunistisches Ratsmitglied, der seinen Austritt aus der Partei erklärt hatte, in der Sitzung vom 2. Dezember die Partei heftig an und erklärte, daß er von jetzt an keine Haltung jener der Sozialdemokraten annehmen werde. Die Sozialdemokraten verbeihlen nicht ihre Genugtuung darüber, den Verräter aufzunehmen zu können, vor allem deshalb, weil sie durch das Hinsinken dieses der kommunistischen Partei geliebten Mitgliedes nunmehr im Provinzialrat Stimmengleichheit mit den vereinigten bürgerlichen Gruppen erreicht haben. Dadurch haben die Sozialfaschisten die Herrschaft über diese wichtige Industrieregion erlangt.

Die Verräteraktion Boasolins führte zu lebhaften Zwischenfällen. Genosse Lohaut der nunmehr das einzige kommunistische Mitglied des Provinzialrates ist, richtete sofort den Verräter, den er als „schändlichen Verräter“ brandmarkte. Boasolin, der schon seit langem an den Beschüssen der kommunistischen Partei Sobotage übte, hat sich nun selbst entlarvt, indem er zum Feinde übertrat.

Vor dem Kongreß der „Sturmbrigaden“ in den Sowjetbetrieben

Moskau, 3. Dezember.

Anlässlich des bevorstehenden Kongresses der „Sturmbrigaden“ schreibt die „Bravda“:

In den letzten Wochen haben in der ganzen Sowjetunion zahlreiche Konferenzen der „Betriebs-Sturmbrigaden“ stattgefunden. Diese Kämpfer der kommunistischen Arbeitsformen haben die Ergebnisse ihrer Arbeit im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbes geprüft und weitere Wege des Kampfes für ein rasches Tempo des sozialistischen Aufbaues vorgezeichnet. Die Bedeutung der Konferenzen besteht darin, daß sie den neuen Aufstieg und die Aktivität der Arbeiterklasse im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbes — eine Aktivität, die neue kommunistische Arbeitsformen bringt — zum Ausdruck bringen.

Bereits im gegenwärtigen Stadium sind neue Arbeitsformen geschaffen worden, so die „Kommunist“ in Kiew, Kollektiv in Estland, Kriels usw. Die Sturmbrigadenbewegung hat bereits eine hohe Entwicklungstufe erreicht. Die Aufgaben der Umwandlung von Fabriken in sozialistische Betriebe der „Vorhut“ mit höchsten kommunistischen Arbeitsformen ist bereits konzentriert gestellt und monotoner schon zur Ausführung gelangt. Der Kongreß der „Betriebs-Sturmbrigaden“ der Sowjetunion wird die praktischen Erfahrungen dieser Brigaden prüfen und von der Generalität der Partei ausgehend, praktische Maßnahmen zur Einbeziehung der Arbeitermassen in diese Bewegung ins Auge fassen. Damit wird ein neuer Stadium der Arbeit zur Umwandlung unserer Betriebe in sozialistische „Werkstättenbetriebe“ eröffnet.

Der Rajon Tschernil hat Prof. Brodskinski neue Rapphanormen entworfen. Die Ausarbeitung soll nach Mitteilung der „Kommunistische Schicht“ vom 29. November auherst gütlich sein. Damit wird das Rapphangebiet in der Sowjetunion für den Ural an Bedeutung gewonnen.

B. BEJLYOH • L. PANTELJEW

44

SCHKID

DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin, 1928

Die Jungen sahen auf den Schulbänken. Die Gesichter waren ernst. Bei ihrem Eintritt erhoben sich die Jungen. Dann kam Conin auf sie zu und hat schüchtern: „Guten Abend! Wir feiern heute ein wichtiges Jubiläum, das Erscheinen der fünfundsiebzigsten Nummer des „Spiegels“. Ella Andrejewna, das ist für uns ein wichtiges Ereignis, und wir möchten es durch ein kleines Fest feiern. Deshalb bitten wir die ganze Klasse: Erlauben Sie uns, hier bis zwölf anzubekommen. Wir versprechen, ruhig zu sein. Erlauben Sie's uns!“

„Alle Augen hingen an der Erzieherin. Die Deutsche war gerührt. „Schön, bleibt auf. Seid aber ruhig.“

Sie ging hinaus. In der Klasse traf man nun die Vorbereitungen. Ein runder Tisch wurde in die Mitte gerückt, vollbracht mit Herrlichkeiten, für die die ganze Klasse seit Wochen Geld gespart hatte. Ritten auf den Tisch stellte Jankel den Teeessel, dann einen Trinkbecher für jeden und sagte: „Bitte, zu Tisch!“

Die Jungen lehnten sich feierlich. Japs verlor eine Rede zu halten:

„Kameraden! Die fünfundsiebzigste Nummer des „Spiegels“, des Organs der Schule für Schwerkinder, ist erschienen.“

Er wollte noch etwas sagen, fand aber keine Worte mehr und sagte: „Schön, bleibt auf. Seid aber ruhig.“

Alle waren gerührt. Jeder hätte gern den zwei Redaktoren etwas Schönes gesagt, aber keiner war imstande, eine zusammenhängende Rede zu halten.

„So“, sagte Jankel: „Ihr seid wirklich tüchtige Kerle, Jankel und Japs. Nur immer weiter so.“

Die Stimmung war ruhig und voller Friede. Feiertlich hatte Jankel unter der Bank eine komplette Reihe des „Spiegels“ hervor und legte sie auf den Tisch. Wie ein buntes Band drehten sich die fünfundsiebzigsten Nummern, diese fünfundsiebzigsten Wochen angestrengter Arbeit und Mühe, auf dem schwartzen Bretterholz aus. Tatsächlich ein feierlicher Augenblick.

Christuswohl beloh sich die Klasse die Kammern. Nur der Kaufmann hatte sich in einen Winkel verflochten und tat sich gütlich an einer Wurst. Auch er war aufgeregt, aber nicht wegen der Zeitung, die wegen der Pressezeit.

„Es war heiß. Das eiserne Ofen, das seit Beginn der kalten Tage in der Klasse stand, war mit dem frühen Morgen mit dem Holz geheizt worden, das man beim Wirtner gekauft hatte. Vom Tee und von der Schokolade im Zimmer war man ganz spaßig. Trüge sah man da und wußte nichts zu sagen.“

Hinter aus der dritten Abteilung, der zufällig auf das Fest geraten war, begann leise eine überbarte Melodie aus dem „Kepischen“ zu summen:

Du Heppelchen, du schönes, auf dem Heppelbrett. In Petrograd spazieren Reichen (Handliten) rum. Ist das nicht nett?

Doch die meisten anderen waren feierlich gestimmt. Sie hätten gern etwas Heierliches, etwas Götterhaftes gesungen. Aber niemand fiel etwas Fallendes ein. Schließlich: „Jankel die Schulklasse an.“

„Früher, laßt uns wie ein Mann alle nachwärts ziehen, jeder schaffe, was er kann. Für das neue Leben.“

Kloß der Kaufmann lang nicht mit. Seiner Ansicht nach war es viel gemütlicher, sich an der kleinen Kaminofen (kleines Eisenblech) zu wärmen. Breit lächelnd sah er neben dem dreibäumigen Ofen und hocherte mit der Feuerzange in den glimmenden Kohlen.

„Nemaden, guß mal nach, wie spät es ist“, sagte Jankel. Doch schon ging die Tür auf, und Einlam kam im Zimmer.

„Jungens, jetzt ist es Zeit geht schlafen. Schon halb eins.“

„Still und friedlich gingen die Schüler hinaus. Jankel tat herzlich den „Spiegel“ in seine Hand packte und ging zur Tür. Bläulich blieb er stehen.

Einlam wies mit der Hand auf den Ofen und ging hinaus.

Jankel blickte heftig mit der Feuerzange, überzeugte sich, daß das ganze Holz ausgebrannt war, und schloß die Ofenklappe.

Beim Hinausgehen sah er neben der Wand ein glühendes Kohlenstückchen liegen, das aus dem Ofen gefallen war. Er war aber zu faul, zurückzugehen.

Es wird schon seinen Brand geben. Das geht von selber aus, dachte er und verließ die Klasse.

Im Schlafzimmer war alles still. Alles schlief. Die Luft

war schon dick und schwül von dem Atem der Menschen. Das machte um diese Stunde das Zimmer besonders gemütlich. Es roch so angenehm nach menschlicher Bedauern.

Der schwache Schimmer der kleinen elektrischen Birne an der Decke kam nicht gegen das Licht der Straßenlaterne auf, das durch die bereiften Scheiben hereindrang und das Zimmer erhellte.

„Alles still. Stillen wurde einer der Schlafenden unruhig. Er träumte irgend etwas Unheimliches, schrie schwach auf und wälzte sich ängstlich. Dann war wieder Ruhe.“

„Alles still. Jankel erwachte, drehte sich auf die andere Seite und öffnete die Augen. Es war noch dunkel. Alles schlief. Das Lämpchen schimmerte noch blaß, aber der Widerschein der Straßenlaterne war erloschen.“

Es wird drei, vier Uhr sein, dachte er und wollte wieder einschlafen. Da auf einmal fiel ihm ein bläuliches Wolkchen auf, das die Lampe umgab.

„Teufel noch mal! Wer hat denn hier im Schlafzimmer geraucht? Ich es ihm durch den Kopf.“

Aber er wollte schlafen, nicht mehr denken. Er wickelte sich die Decke um den Kopf und lag ganz still.

Bläulich rief jemand im Nebenzimmer nach dem Erzieher. Der wälzte sich ein paar Mal im Bett und erhob sich ängstlich:

„Was ist los?“ fragte der Kaube mit schmerzhaft verzogenem Gesicht und sahke sich an den Kopf.

„Polenjak hatte gekriert, der große und hagerste, zugleich aber auch der feigste aller Schüler.“

„Es quamt irgendwas. Ein schöner Erzieher! Zu faul, nachzusehen!“ schrie er laut.

Auch Jankel interessierte sich nun für den Kaube und fiel über den armen Kröpfchen her:

„Wertwürdig, Castel Wolodja! Sehn Sie doch und sehen Sie nach, was das für'n Quasim ist!“

Doch der Kaube schaute bloß mit hagerer Stimme: „Du siehst doch, Tschornjak, ich bin krank. Geh du doch, dich du noch!“

Jankel wurde böse: „Ach was! Ich bin doch nicht Ihr Knecht!“

Energisch legte er sich auf die Seite und wollte zum drittenmal einschlafen, als plötzlich die Tür geknackend aufging und eine Rauchwolke ins Zimmer drang (ebenfalls gläubte Jankel deutlich eine Wolke zu sehen). Aber die Wolke zerstreute sich bald, und Jankel sah Wirtner, der schwer atmete und sich die Augen rieb. Als er Atem geholt hatte, jagte er laut und mit ruhiger Stimme:

„Jungens, schnel aufstehen!“

